BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT

ARBEITSMARKTMONITORING 2006

mit dem Data Warehouse
des Arbeitsmarktservice

www.bmwa.gv.at

Dieser Bericht sowie eine ausführliche Zusammenstellung von Arbeitsmarktdaten und ein Kurzbericht zur aktuellen Entwicklung am Arbeitsmarkt sind auch unter folgenden Adressen verfügbar:
http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktpolitik/default.htm

Ausführliche Standardtabellen zur Arbeitslosigkeits- und Beschäftigungsentwicklung in Österreich (BALI) finden sie ferner unter der Web-Adresse: http://www.dnet.at/bali

impressum

Redaktion: Sektion II des BMWA, APF-TEAM
VerfasserInnen: Eva Auer, Andreas Buzek, Marlies Gatterbauer, Nicole Nemecek
J. Ernst Oberklammer (AMS Österreich), Barbara Zajic (AMS Österreich)
Manfred Zauner
Design und Layout: Alexandra Rath, Claudia Goll (BMWA, IK/2b)

Wien, Juli 2007

INHALT

1 Einführung 1

Das AMS Data Warehouse und das DWH-Monitoring 2006/07 Entwicklung und Ausblick 1

2 Verbleibsmonitoring 7

Möglichkeiten einer personenbezogenen Analyse von Karriereverläufen am Beispiel der Aktiven Arbeitsuche 7

3 Karenzmonitoring 13

Karenzmonitoring 2000-2006 13

4 Erwerbskarrierenmonitoring 23

4.1 Die Dynamik am österreichischen Arbeitsmarkt 2006 23

4.2 Arbeitsplatz- und Branchenwechsel am österreichischen Arbeitsmarkt 30

4.3 Der Dienstleistungsscheck im Monitoring 34

5 Betriebsmonitoring 39

5.1 Neue Dimension im Betriebsmonitoring - Die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses 39

5.2 Ein kurzer deskriptiver Aufriss von Beschäftigungsaufnahmen im Zusammenhang mit Förderungen durch das Arbeitsmarktservice 40

1 Das AMS Data Warehouse und das DWH-Monitoring 2006/07 Entwicklung und Ausblick

Seit 1998, dem Beginn des „Data Warehousings“ im Arbeitsmarktservice (AMS), wird dieses schrittweise in Umfang („Themen“ und Daten), Tiefe (Details) und Komplexität (Verknüpfungen) in einem permanenten Prozess ausgebaut und ist damit inzwischen integraler Bestandteil für Management und MitarbeiterInnen in allen Geschäftsbereichen und auf allen Wirkungsebenen des AMS. Einige Stichworte mögen dies verdeutlichen: Kundendaten (Arbeitslose, Unternehmen), Förderbudget- und Förderstatistik, Arbeitslosenversicherung, Selbstbedienung (eJob-Room, SAMSOMAT), Call Center, arbeitsmarktpolitische Ziele, u.a.

Innerhalb des Data Warehouses (DWH) von AMS und BMWA spielt das Monitoring (MON) seit Produktivsetzung des ersten Moduls (Verbleibsmonitoring, 2003) eine herausragende Rolle – sowohl in seiner konzeptiven Vorbildwirkung als auch in seiner strategischen und operativen Rolle[1].

Für den im AMS gewählten Steuerungsansatz – Management by Objectives – wird via DWH sowohl die Planung und Zielquantifizierung als auch das Controlling durchgeführt (arbeitsmarktpolitische Ziele und Balanced ScoreCard/AMS ScoreCard). Die MON-Daten (Verknüpfung von Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (HV) und des AMS und einiger spezieller Informationen der Versicherungsträger) spielen hier eine entscheidende Rolle[2], da nur damit z.B. der Einschaltgrad (bei offenen Stellen und Stellenbesetzungen) oder der Anteil von Arbeitsaufnahmen verschiedener Kundengruppen des AMS ermittelt werden können – also insbesondere für Frauen, Langzeitarbeitslose, WiedereinsteigerInnen; oder, im Konzept direkt vom Monitoring übernommen, die Effektivität von Schulungen sowie die Analyse der Nachhaltigkeit der Arbeitsaufnahmen von SchulungsabgängerInnen. Die hierbei gewonnenen punktgenauen und differenzierten Informationen kommen somit über die verbesserte Maßnahmengestaltung direkt oder indirekt wieder den KundInnen des AMS zugute. Aber auch die MitarbeiterInnen des AMS profitieren davon, da die feed back-Schleife ins operative AMS-System geschlossen wurde, indem die im DWH „angereicherten“ Daten (Verknüpfungen inklusive komplexer Berechnungen) als sekundenschnell abfragbare Informationen in die administrativen Systeme übertragen werden.

Der Ansatz des Monitorings – Verknüpfung verschiedener Datenquellen und Aufbereitung für Längsschnittauswertungen –, und die MON-Daten selbst, werden nach den arbeitsmarktpolitischen AMS Jahreszielen inzwischen auch in zwei weiteren Kernbereichen des AMS im DWH angewendet: im SfA (Service für Arbeitsuchende) für die Erfolgsmessung von allgemeinen Interventionen (Beratung, Vermittlungsvorschlag, etc.) und im SfU (Service für Unternehmen) für die Erhebung des

[1] Für eine ausführlichere Grundlagenbeschreibung der Struktur und Anwendungsgebiete des DWH Monitoring siehe den Vorgängerbericht „Arbeitsmarktmonitoring 2004 mit dem Data Warehouse des Arbeitsmarktservice“ vom März 2005; http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/A27900B8-F336-42DE-84BD-AA6B8A06ADC0/0/Arbeitsmarktmonitoring2004.pdf

[2] Die Datenverknüpfungen erfolgen in anonymisierter Form, die Anonymisierung wird durch einen speziellen Dienstleister vor genommen.

relativen Erfolgs bei Stellenakquisitionen vor und nach Betriebsbesuchen (speziell im Key Account Management).

Das Monitoring steht somit paradigmatisch für den informationsbezogenen „Klimawandel“ bei der Einführung eines DWH in einer Organisation: vom „Daten sind nicht vorhanden oder nur längerfristig ermittelbar“ zu „Information ist im DWH abfragbar oder zumindest vergleichsweise rasch ins DWH integrierbar“, - vom Zustand des „nicht machbar“ zur Dynamik des „bedarfsorientierten Ausbaus“.

Verbleibsmonitoring – vom SDG zum TAS

Im Verbleibsmonitoring erfolgt der Übergang vom „SDG“ (Schulungsauftrag Dienstgeber) zum „TAS“ (TeilnehmerInnen-Administrations-System) im Gefolge der entsprechenden Änderungen im operativen AMS System. Dabei wurde und wird im weiteren Verlauf des Jahres 2007 auch die Struktur der Datenwürfel geändert, um die Auswertungen nach Projekten, Veranstaltungen und Förderketten einfacher zu gestalten. Wobei auch die Auswertung von Förderketten qualitativ von einer Änderung im operativen System profitieren soll, indem Wechsel von einer Maßnahme zu Folgemaßnahmen aufgrund der von den BeraterInnen explizit codierten Zusammenhängen erfasst werden.

Ausgewertet werden im fiskalbezogenen Verbleibsmonitoring grundsätzlich Förderungen mit AMS-Kosten, wobei teilweise nach Individual- und Maßnahmenkosten differenziert werden kann.

Erwerbskarrierenmonitoring und Karenzmonitoring – WiedereinsteigerInnen-Potenzial und personenbezogene Jahreswürfel

Im Erwerbskarrierenmonitoring wurden Bestands- und Statuswechsel-Würfel zusätzlich zum schon bestehenden Merkmal „Wiedereinstieg“ noch um das „WiedereinsteigerInnen Potenzial“ erweitert. Die Definition eines/einer potentiellen WiedereinsteigerIn umfasst den Abgang aus Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld seit 1990 und einer maximal sechsmonatigen vollversicherten Beschäftigung der Personen aus dieser Gruppe seit Beendigung dieser Elternkarenz.

Dazu kommen personenbezogene Auswertungen für alle in Österreich gemeldeten (HV und AMS) Personen, sodass Aussagen zur „Betroffenheit“ nicht nur von Arbeitslosigkeit, sondern auch von Beschäftigung, etc. (jeder Ausprägung der Dimension Erwerbsstatus) möglich sind. Die Frage, wie viele Frauen beispielsweise 2006 im Burgenland mindestens einen Tag im Erwerbsstatus „Unselbständig beschäftigt“ (nach Alter, Nationalität, Wirtschaftsklasse etc.) waren, lässt sich somit beantworten. Aber auch personenbezogene Analysen zur Erwerbsaktivität insgesamt (als „Summe“ von unselbständiger und selbständiger Beschäftigung sowie von Arbeitslosigkeit sowie unselbständiges personenbezogenes Arbeitskräftepotential) sind mit diesen Datenwürfel zu bewerkstelligen. Aus technischen Gründen gibt es pro Jahr jeweils einen eigenen Würfel für Frauen und für Männer.

Betriebsmonitoring – Dauer von Dienstverhältnissen

Das Betriebsmonitoring wird, wie die meisten Bereiche im DWH, sowohl strategisch als auch operativ genutzt. Drei Hauptprobleme bei der Verwendung kristallisierten sich in den letzten Jahren heraus:

- Die Daten basieren auf Hauptverbands-Dienstgeberkonten (HV-DG-Konten), nicht auf „Unternehmen“ in betriebsorganisatorisch relevanter Form[3] ;
- So genannte „administrative Ummeldungen“ von einem DG-Konto zu einem anderen verzerren die Ergebnisse was Anmeldungen betrifft;
- Extrem kurze Anmeldezeiten bei HV-DG-Konten erschweren die Interpretation bezügliche Einstellverhalten von Unternehmen.

Nachdem das Problem der administrativen Ummeldungen schon im Jahr 2005 weitgehend behoben wurde (vgl. Arbeitsmarktmonitoring 2005), konnten ab Herbst 2006 die Rückmeldungen aus der AMS-Praxis in eine weitere qualitative Verbesserung umgemünzt werden, indem die neue Dimension „Dv-Dauer“ (Dienstverhältnis-Dauer) mit den Unterkategorien „Dv-Dauer <= 3 Tage“ und „Dv-Dauer > 3 T od. lfd.“ (jeweils mit weiteren Differenzierungsmöglichkeiten von der 1-Tages- bis zur 5-Jahres-Kategorie) eingeführt wurden.

Die praktische Bedeutung dieser Unterscheidung wird klar, wenn man bedenkt, dass der Anteil der Anmeldungen mit Beschäftigungsdauer kleinergleich 3 Tagen in manchen Branchen (Primärsektor) über 30 % von allen Anmeldungen ausmachen kann, bei Wiederanmeldungen sogar noch mehr.

Der erste Punkt - der letzte noch ausständige auf obiger Liste - soll ab Winter 2007 im Monitoring behoben sein, indem die Auswertungen um den Unternehmensbegriff der Bundesanstalt Statistik Österreich, die KZU („Unternehmens-Kennzeichen“), erweitert werden. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenfassung von HV-DG-Konten zu „Unternehmen“ (nach steuerlichen Kriterien), was sich dann im DWH differenziert nach allen Dimensionen und Kennzahlen widerspiegelt. Fragen nach der Anzahl der Unternehmen nach Region, Größe und Branche können dann exakter beantwortet und auch administrative Ummeldungen noch schärfer eingegrenzt werden.

Zentrale Weiterentwicklungen 2007 und 2008 im Verbleibs- und Erwerbskarrierenmonitoring

Einige Berechnungen für den Verbleibsmonitoring „Hauptindikator“, die zentrale Dimension für die Evaluierung des Fördererfolgs, sollen im Detail verbessert werden. Mittels Einbindung von Daten der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) sollen selbständige Beschäftigungsverhältnisse zeitnaher erfasst werden. Ferner sollen geringfügi-

[3] Die Dienstgeberkontonummer (oder Betriebsnummer) ist die versicherungstechnische Einheit für die Abwicklung der sozial versicherungsrechtlichen Abgabenleistungen der Unternehmungen an die Krankenkassen. Ein Unternehmen oder ein Betrieb muss dabei nicht notwendigerweise genau mit einem Dienstgeberkonto korrespondieren.

gere Anpassungen in der Hierarchie der Berechnungsregeln für den Hauptindikator erfolgen, die insbesondere bei der Erfassung von Nebenerwerbslandwirten Auswirkungen zeigen werden.

Ab Ende 2007 werden noch zusätzliche Differenzierungen wie der „Probemonat" bei der Dimension „Teilnahmedauer" oder das Merkmal (Dimension) „Übertrittsgefährdet" integriert werden. Für Auswertungen der Maßnahmen/Veranstaltungen wird die Dimension „Maßnahme" mit Verfeinerungen von der Maßnahmen-Nummer bis zur Veranstaltung eingeführt.

Ab Herbst 2007 soll auch im **Erwerbskarrierenmonitoring** schrittweise zusätzlich zu den Hauptverbandsdaten auch Versicherungsinformationen der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft integriert werden, sodass es hier zu einer bedeutenden Verbesserung der Datenqualität betreffend der Art der wirtschaftlichen Tätigkeit der Selbständigen kommen sollte.

Als weitere neue Datenquelle soll ab Herbst 2007 auch die Mitversichertendatei des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger nutzbar gemacht werden, womit einerseits bislang nicht im Monitoring integrierte (Mit-)Versicherungszeiten von Jugendlichen und im Haushalt tätigen Personen erfasst werden können, als auch zusätzliche Informationen für das Personenmerkmal „Migrationshintergrund" erwartbar sind.

Bis Herbst 2007 sollen folgende direkten Personenmerkmale ins Erwerbskarrierenmonitoring integriert werden (die Datenaufbereitung erfolgt hierbei ebenso wie bei den geschätzten zusätzlichen Einkommensinformationen durch ein externes Institut), die Testung der Datenbanktabellen und Datenwürfel ist bereits in der Endphase.

- Wohnort (insbesondere relevant bei den Beschäftigten; über die Zustelladressen der Versicherungsträger bzw. AMS Information)
- Versorgungspflicht (über spezielle HV-Versicherungscodes und AMS Leistungsbezüge)
- Gesundheitliche Beeinträchtigung (über spezielle HV-Versicherungscodes und AMS Leistungsbezüge bzw. Beihilfen)
- Migrationshintergrund (über Staatsbürgerschaft bzw. Staatsbürgerschaftswechsel in den HV oder AMS Daten)

In Ergänzung der explizit codierten personenbezogenen Informationen werden durch indirekt erschließbare Merkmale und stochastische Zuschreibungen zusätzliche quasi-personenbezogene Informationen zum Einkommen generiert, nämlich das

- geschätzte monatliche Beschäftigungseinkommen

Diese Information ist insofern von großem Interesse, als die bisherige – und weiterhin verfügbare – (streng personenbezogene) Einkommensinformation zur Beitragsgrundlage bekanntlich mit der Höchstbeitragsgrundlage „nach oben hin“ zensiert ist. Für Einkommen an oder knapp über der Höchstbeitragsgrundlage werden auf Grundlage der Verteilungsinformationen der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik zusätzliche Einkommensbestandteile hinzugeschätzt. Ferner werden fehlende Einkommensbestandteile für Beamte, Krankenfürsorgeanstalten-Versicherte und im Bereich der selbständigen Beschäftigung ergänzt. Mit der neuen Schätzgröße können auf der Ebene von aggregierten Personengruppen (jedoch nicht auf der Ebene der Individualdaten) zusätzliche Analysen zu den Beschäftigungseinkommen vorgenommen werden.

Als weitere spezielle Einkommensinformation werden in naher Zukunft auch explizit die diversen Leistungsarten und Höhen (über die Tagsätze) der Arbeitslosenversicherung in das Erwerbskarrierenmonitoring integriert. Im Erwerbskarrieren-Statuswechsel-Würfel (mon_erwerb_chg) gibt es daher in Kürze auch die Dimension „ALV-Leistungsart vorher“ sowie eine „Änderung der Bezugshöhe“ („fallend“, „gleich bleibend“, „steigend“) und die entsprechenden Kennzahlen (wie etwa „DS ALV Tagsatz vorher“ und ähnliche mehr).

Somit bleiben als großes Desideratum im Erwerbskarrierenmonitoring weiterhin – die Bildungsdaten.

2 Verbleibsmonitoring

Möglichkeiten einer personenbezogenen Analyse von Karriereverläufen am Beispiel der Aktiven Arbeitsuche

Die Möglichkeiten der Interpretierbarkeit und spezifischen Nutzbarkeit von im Rahmen des Verbleibsmonitorings erzielten Ergebnissen hängt in einem beträchtlichen Ausmaß davon ab, auf welchen Kennzahlen und Dimensionen die jeweilige Wirkungsanalyse beruht. Mit der Definition der Erfolgsindikatoren wird letztlich festgelegt, welche Aspekte der komplexen Dynamik von Erwerbsverläufen im Zusammenhang mit einer Förderintervention als Bewertungsmaßstab herangezogen werden. So erfolgt etwa über die Kennzahl „Anzahl Tage“ in Kombination mit der Dimension „Hauptindikator“ eine Betrachtung der Aufteilung des gesamten Zeitvolumens im ausgewählten Untersuchungszeitraum nach arbeitsmarktrelevanten Positionen. Bei den auf diese Weise ermittelbaren Beschäftigungszeitanteilen geht es um Durchschnittswerte für die jeweils ausgewählten Förderfälle. Die Kennzahl „Bestand Personen“ ermöglicht dahingegen eine nach dem Arbeitsmarktstatus differenzierte Auswertung der geförderten Personen, wobei es sich dabei stets um eine mehr oder weniger repräsentative Momentaufnahme zu einem bestimmten Stichtag (zum Beispiel genau 3 Monate nach individuellem Beihilfenende) handelt. Weniger bekannt sind die Möglichkeiten, die das Verbleibsmonitoring – v.a. auch im Zusammenhang mit der Dimension „Anteil Hauptindikator“ – hinsichtlich der personenbezogenen und nach Stabilitätskriterien differenzierten Beobachtung von Karriereverläufen bietet. Damit können im Rahmen von Standardauswertungen interessante Erkenntnisse zu der sich immer wieder stellenden Kernfrage, welche Maßnahmen zu welchen Integrationswirkungen bei welchen Personen führen, gewonnen werden, die sich – etwa im Hinblick auf die Zielgruppenorientierung – durch eine hohe Praxisrelevanz auszeichnen. Im Folgenden sollen die in der öffentlichen Diskussion sehr häufig einer unreflektierten Pauschalkritik ausgesetzten Maßnahmen der aktiven Arbeitssuche einer beispielhaften Analyse dieser Art unterzogen werden, um damit letztlich auch Optimierungspotenziale für den derzeitigen Fördereinsatz ausloten zu können.

Maßnahmen zur aktiven Arbeitsuche

Kurse zur aktiven Arbeitsuche sind dadurch charakterisiert, dass sie Fertigkeiten vermitteln, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Arbeitsuche stehen. Bestandteil dieser Maßnahmen können neben den unmittelbar suchspezifischen Bausteinen – wie Bewerbungstraining oder Stärkung persönlicher Fähigkeiten auch Module zur beruflichen Orientierung sowie praktisches Arbeiten oder Theorie und Fachunterricht sein. Das konzeptionell vorgegebene arbeitsmarktpolitische Ziel von derartigen Förderungen ist die unmittelbare Integration in den Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Verweildauer in diesen Maßnahmen ist in der Regel relativ kurz und betrug im Jahr 2006 etwa 44 Tage.

TeilnehmerInnenstruktur

Gemäß Verbleibsmonitoring haben im Jahr 2005 insgesamt 22.050 Personen eine Maßnahme der aktiven Arbeitsuche beendet. Die für diese Personen durchgeführte Analyse der TeilnehmerInnenstruktur von Kursen zur Unterstützung der aktiven Arbeitsuche zeigt einen im Vergleich zum Durchschnitt aller Geförderten hohen Anteil von Personen mit verschiedensten arbeitsmarktpolitischen Benachteiligungen. Dies gilt im besonderen Maß für die Bundeshauptstadt, auf die rund 70% aller AbgängerInnen von Maßnahmen dieses Typs entfallen. So sind etwa drei von vier der Wiener TeilnehmerInnen an Aktivierungskursen entweder langzeitbeschäftigungslos und/oder älter als 44 Jahre, während in den restlichen Bundesländern ca. 2 von 3 Geförderten vorher maximal 6 Monate arbeitslos waren.

Struktur der im Jahr 2005 aus einer Maßnahme der aktiven Arbeitsuche abgegangenen Personen in Wien und in den restlichen Bundesländern

		Anzahl Personen in % der TeilnehmerInnen						
	Anzahl TeilnehmerInnen	LZBL	Frauen	bis < 25 Jahre	>= 45 Jahre	Pflichtschul-ausbildung	AL-Dauer vor Beihilfe unter 6 Monate	mit Behinderung
BM-Aktive Arbeitssuche in Österreich	22.050	43,0%	39,9%	9,0%	47,9%	57,8%	57,1%	13,2%
BM-Aktive Arbeitssuche in Wien	15.644	50,1%	36,2%	6,1%	51,5%	59,0%	53,0%	11,2%
BM-Aktive Arbeitssuche in Restösterreich	6.406	25,8%	49,0%	16,1%	38,9%	54,9%	67,2%	18,0%

Offensichtlich ist das Instrument der aktiven Arbeitsuche in der derzeitigen Förderpraxis sowohl auf klassische „job-ready“ Personen und Kurzzeitarbeitslose, bei denen eine längere Verweildauer in Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, als auch auf Personen mit prekären Vorkarrieren (z.B. Langzeitbeschäftigungslose) oder schwerwiegenden Vermittlungsbarrieren (z.B. Alter oder Behinderungen) ausgerichtet. Vor allem bei Letzteren erscheint ein Einsatz von Aktivierungsmaßnahmen aus arbeitsmarktpolitischer Sicht nur unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. nach dem Absolvieren anderer Maßnahmenprogramme zur Beseitigung bzw. Reduktion grundlegender Vermittlungsprobleme) zweckmäßig.

Zeitanteile arbeitsmarktrelevanter Positionen vor/nach der Förderung

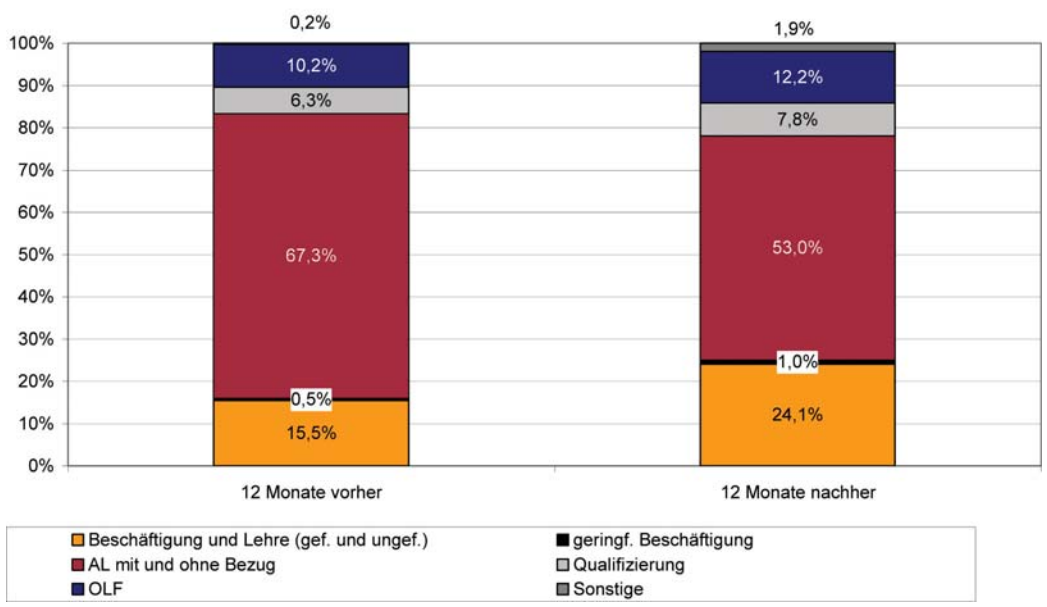
Zu den folgenden Verbleibsauswertungen, die sich primär auf einen 12-monatigen Nachbeobachtungszeitraum beziehen, ist grundsätzlich anzumerken, dass zum Auswertungszeitpunkt aus technischen Gründen nur Karriereverlaufsdaten bis ca. Ende November 2006 zur Verfügung standen, weshalb bei einem kleinen Teil der MaßnahmenabsolventInnen (Beihilfenabgänge im Dezember 2005) keine vollen 12 Monate nach Maßnahmenende untersucht werden konnten. Dadurch könnte es zu einer geringfügigen Verzerrung der Ergebnisse kommen.

Abgesehen davon deuten die auf Bruttoebene standardmäßig eingesetzten Kennzahlen bei Maßnahmen der aktiven Arbeitsuche auf relativ bescheidene Integrationswirkungen hin. So zeigt etwa die Analyse des Zeitvolumens arbeitsmarktrelevanter Positionen aller im Jahr 2005 beendeten Förderfälle, dass die Zeitanteile

der geförderten und nicht geförderten Beschäftigung bzw. Lehre zwölf Monate vor Maßnahmenbeginn von 15,5% im Zeitraum von zwölf Monaten nach Maßnahmenende „nur“ auf etwa 24,1% erhöht werden konnten.[4] Die registrierte Arbeitslosigkeit reduzierte sich von einem auf Grund der TeilnehmerInnenstruktur sehr hohen Wert im einjährigen Vorbeobachtungszeitraum von ca. 67 % auf 53% im entsprechenden Nachbeobachtungszeitraum, während die Zeitanteile in AMS-Qualifizierung in diesem Vorher/Nachher-Vergleich mehr oder weniger stagnierten (ca. 6,3 und 7,8%). Das insgesamt relativ geringe Ausmaß an vor- und nachgelagerten AMS-Schulungen ist auch bei TeilnehmerInnen mit einer ausgeprägten Integrationsproblematik nicht viel höher. So liegt etwa auch bei langzeitbeschäftigungslosen Maßnahmenteilnehmerinnen der Anteil an AMS-Qualifizierungsförderungen im einjährigen Vor/Nachbeobachtungszeitraum bei „nur“ 11,2 bzw. 8,4%. Auch die Ergebnisse einer TeilnehmerInnenbefragung im Rahmen der ESF-Evaluierung weisen auf einen vielfach isolierten und nicht in systematisch aufgebauten Förderketten eingebundenen Fördereinsatz von Maßnahmen der aktiven Arbeitsuche hin.[5]

Mit einem Anteil von 12,2% verbrachten die TeilnehmerInnen an Aktivierungsmaßnahmen ein Jahr nach der Maßnahme

Anzahl Tage in Hauptindikator innerhalb 12 Monte vor/nach Aktiver Arbeitsuche - Abgänge im Jahr 2005



[4] Rund 31% der ProgrammteilnehmerInnen waren zwölf Monate nach Abschluss der Maßnahme beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger als beschäftigt - in geförderten und nicht geförderten Beschäftigungsverhältnissen und Lehren - gemeldet.

[5] Laut einer repräsentativen Befragung von TeilnehmerInnen der aktiven Arbeitsuche im Rahmen einer begleitenden Evaluierung des ESF-Ziel 3-Programms (2000-2006) haben 17% eine der Maßnahme vorangegangene fachliche Qualifizierungsmaßnahme absolviert, wobei diese Mehrfachförderung nur ca. 5% als einen geplanten Modulaufbau im Sinne eines integrierten Maßnahmenpfades einschätzten, siehe Ferdinand Lechner, Nicole Nemecek, Andreas Riesenfelder, Andrea Pöschl:„Evaluierung Europäischen Sozialfonds 2000-2006 Ziel 3, Österreich – Programmschwerpunkt 1 aus der Sicht der TeilnehmerInnen und Teilnehmer“, Wien, Oktober 2004.

durchschnittlich etwas mehr Zeit außerhalb des Erwerbssystems als davor (10,2%). Spezielle Analysen von Out of Labour Force Zeiten unmittelbar vor/nach einer AMS-Intervention liefern allerdings keine eindeutigen Hinweise dafür, dass die in der Regel kurzfristigen Maßnahmen der aktiven Arbeitsuche eine verstärkte Screeningfunktion zur Feststellung der Verfügbarkeit und der Arbeitsmotivation von länger beschäftigungslosen Personen erfüllen[6]. Auch die aktuelle WIFO-Evaluierung der österreichischen Arbeitsmarktförderung kommt auf der Grundlage einer mikroökonomischen Wirkungsanalyse zu dem Ergebnis, dass die Aktivierungsmaßnahmen in Österreich nicht - wie in anderen Ländern – zu einem vermehrten Rückzug arbeitsloser Personen vom Arbeitsmarkt führen, sondern zumindest mittelfristig vielmehr die Integration von zuvor erwerbsfernen Personen (v.a. Frauen) fördern.[7]

Personenbezogene Analyse von Verbleibskarrieren

Über diese Durchschnittsbetrachtung hinaus können im Rahmen des Verbleibsmonitorings unter Einbeziehung der Dimension „Anteil Hauptindikator“[8] auch Karriereverläufe personenbezogen analysiert und nach Stabilitätskriterien kategorisiert werden. Damit erhält man wertvolle Erkenntnisse zu der im Hinblick auf das Ziel einer weiteren Optimierung und effektiveren Gestaltung des Fördereinsatzes äußerst relevanten Frage, bei welchen Personen(gruppen) im Zusammenhang mit der Maßnahmenteilnahme ein relativ hoher Grad an Beschäftigungsstabilität zu beobachten ist und in welchen Fällen es trotz Förderung zu prekären Arbeitsmarktkarrieren kommt. Eine derartige Analyse von Maßnahmen zur aktiven Arbeitsuche zeigt, dass die insgesamt niedrigen Bruttowirkungen auf einen relativ hohen Anteil von Personen mit prekären Karriereverläufen zurückzuführen ist. Fast der Hälfte (10.832 von 22.050) der 2005 von Aktivierungsmaßnahmen abgegangenen Personen ist es innerhalb von einem Jahr nach Beihilfenende nicht gelungen, eine geförderte oder ungeförderte Beschäftigung aufzunehmen.

Demgegenüber stehen etwa 18% der MaßnahmenteilnehmerInnen (3.908 von 22.050), die im 12-monatigen Nachbeobachtungszeitraum mehr als 50% in einem ungeförderten Beschäftigungsverhältnis standen, wobei sich davon rund ein Drittel sogar zwischen 90 und 100% der Zeit in einem ungeförderten Beschäftigungsverhältnis befanden. Berücksichtigt man auch geförderte Beschäftigungsverhältnisse, so

[6] Bei im Jahr 2005 beendeten Förderfällen von Maßnahmen der aktiven Arbeitsuche betrugen die Anteile von Zeiten außerhalb des Erwerbssystems 1 Monat vor Beihilfenbeginn 4,7 und 1 Monat danach 10,2%. Bei AMS-Kursen anderen Typs (Orientierung, Qualifizierung und Training) zeigt sich eine ähnliche Dynamik (Anstieg von 7,4 auf 12,0%). Auch wenn man nur die Gruppe der Langzeitbeschäftigungslosen betrachtet, steigt der Anteil der außerhalb des Erwerbssystems verbrachten Zeiten ein Monat nach einer Maßnahme der aktiven Arbeitsuche im Vergleich zu davor in einem ähnlichen bzw. sogar etwas geringerem Ausmaß an als bei den anderen Kategorien von Qualifizierungsmaßnahmen (Aktive Arbeitsuche: von 3,1 auf 8%; andere Qualifizierungstypen: von 3,9 auf 10,3 %).

[7] Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Andrea Pöschl: „Evaluierung der österreichischen Arbeitsmarktförderung 2000-2003, Wien Oktober 2005 , S 205 ff.

[8] Mit der Dimension „Anteil Hauptindikator“ (in Kombination mit der Kennzahl „Anzahl Personen“ und der Dimension „Hauptindikator“) können die MaßnahmenteilnehmerInnen nach den Zeitanteilen des jeweils ausgewählten Arbeitsmarktstatus (z.B. ungeförderte Beschäftigung) im jeweiligen Beobachtungszeitraum kategorisiert werden (Einteilung in 10-Prozent-Intervallen).

erhöht sich der Anteil von KursabsolventInnen mit überwiegenden Beschäftigungszeitanteilen auf rund 22% bzw. 4.922.

Der zentrale Hintergrund für diese deutliche Ausdifferenzierung der Stabilität der Erwerbsverläufe nach der Förderung dürfte wohl die stark unterschiedliche Zusammensetzung dieser Gruppen sein, wie eine Gegenüberstellung von MaßnahmenteilnehmerInnen ohne Beschäftigungsaufnahme und jenen mit mind. 50%-igen Anteil an ungeförderter Beschäftigung[9] im Nachbeobachtungszeitraum zeigt. So lag der Langzeitbeschäftigungslosenanteil der Geförderten ohne jeglichen Integrationserfolg bei knapp über 50%, während er bei MaßnahmenteilnehmerInnen mit einem überwiegenden Anteil an ungeförderter Beschäftigungszeiten mit ca. 26% nur etwa die Hälfte davon betrug. Auch die Anteile der über 44-Jährigen und der Behinderten waren bei der ersten Gruppe mit rund 60 und 16% ungefähr doppelt so hoch wie bei der zweiten (ca. 31 bzw. 9%). Der Anteil der Jugendlichen war innerhalb der Personen mit einer vergleichsweise stabilen Nachkarriere mit mehr als 14% dagegen deutlich höher als bei Personen ohne Beschäftigungsaufnahme (ca. 5%). Rund 83% jener Personen, denen die (Wieder)Eingliederung am Arbeitsmarkt innerhalb eines Jahres nach Maßnahmenende nicht gelungen ist, waren vor Eintritt in die Maßnahme entweder langzeitbeschäftigungslos und/oder älter als 44 Jahre (8.980 von 10.824).

TeilnehmerInnenstruktur nach Personengruppen mit unterschiedlichen Beschäftigungszeitanteilen nach im Jahr 2005 beendeten Maßnahmen der aktiven Arbeitsuche

		davon TeilnehmerInnen (absolut und in %)							
	Anzahl TeilnehmerInnen	LZBL	Frauen	bis < 25 Jahre	>= 45 Jahre	Pflichtschul-ausbildung	AL-Dauer vor Beihilfe über 12 Monate	AL-Dauer vor Beihilfe unter 6 Monate	mit Behinderung
BM-Aktive Arbeitssuche	**22.050**	**43,0%**	**39,9%**	**9,0%**	**47,9%**	**57,8%**	**5,7%**	**57,1%**	**13,2%**
Beschäftigungszeit-anteile in ungeförderter Beschäftigung über 50%	3.908	1.017	1.744	563	1.194	2.042	102	2.338	346
in %	17,7%	26,0%	44,6%	14,4%	30,6%	52,3%	2,6%	59,8%	8,9%
ungeförderte Beschäftigung 90-100%	1.334	305	650	183	418	684	38	811	105
in %	6,0%	22,9%	48,7%	13,7%	31,3%	51,3%	2,8%	60,8%	7,9%
Beschäftigungszeit-anteile 0-100%*	11.226	4.034	4.587	1.446	4.022	6.437	401	6.460	1.201
in %	50,9%	35,9%	40,9%	12,9%	35,8%	57,3%	3,6%	57,5%	10,7%
keinerlei Beschäftigung-zeitanteile* **berechnet**	10.824	5.447	4.209	531	6.534	6.307	855	6.135	1.705
in %	49,1%	50,3%	38,9%	4,9%	60,4%	58,3%	7,9%	56,7%	15,8%
alle Beschäftigungszeit-anteile* zwischen 90 und 100%	4.922	1.522	2.162	714	1.693	2.607	145	2.956	477
in %	22,3%	30,9%	43,9%	14,5%	34,4%	53,0%	2,9%	60,1%	9,7%

*Beschäftigungszeitanteile in: Beschäftigung, Lehre, geförderte Beschäftigung, geförderte Lehre: ohne geringfügige Beschäftigung

[9] Nach den vorliegenden Analyseergebnissen unterscheidet sich die Personengruppe mit 90-100%-igen Anteilen an ungeförderter Beschäftigung nur geringfügig von der, bei der dieser Anteil über 50% liegt.

Resümee

Die personenbezogene Analyse von Verbleibskarrieren nach einer im Jahr 2005 beendeten Teilnahme an einer Maßnahmen der aktiven Arbeitsuche zeigt, dass sich die eher schwache Ausprägung der in der Durchschnittsbetrachtung feststellbaren Bruttowirkungen primär auf jene Hälfte der Geförderten zurückführen lässt, denen ein Jahr nach Beihilfenende keine Beschäftigungsaufnahme gelungen ist. Dabei handelt es sich vorwiegend um Personen, bei denen Faktoren wie Langzeitbeschäftigungslosigkeit, fortgeschrittenes Alter oder auch Behinderungen die Möglichkeit einer unmittelbaren Integration in den Arbeitsmarkt stark einschränken. Bei diesen sogenannten arbeitsmarktpolitischen „Problemgruppen“ erscheint der Einsatz von Aktivierungsmodulen nur sinnvoll, wenn sie im Rahmen von systematisch aufeinander aufbauenden Integrationspfaden – wie etwa in Kombination mit vorgelagerten Qualifizierungsförderungen zur (Wieder)-Herstellung der grundlegenden Vermittelbarkeit – angeboten werden. Auf Grund der Informationen, die dazu aus den Verbleibsdaten abgeleitet werden können, erfolgt diese Einbindung von Maßnahmen zur aktiven Arbeitsuche in mehrgliedrige Förderketten derzeit in einem nur sehr eingeschränkten Ausmaß. Im Hinblick auf diese Zielgruppen wäre darüber hinaus auch noch ein forcierter Einsatz intensiverer Formen der Vermittlungsunterstützung wie Individualcoachings, die etwa auch eine begleitende Betreuung nach Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses vorsehen, zu überlegen.

Abgesehen davon sind beim derzeitigen Einsatz von Aktivierungsprogrammen insbesondere bei Personen, die nach den verfügbaren Daten keine schwerwiegenden Einschränkungen ihrer Beschäftigungschancen aufweisen, auch eindeutig positive Bruttowirkungen zu beobachten. So erreichte nach einer 2005 absolvierten Maßnahme dieser Art immerhin fast jeder vierte Geförderte innerhalb eines 12-monatigen Nachbeobachtungszeitraums einen über 50%-igen Beschäftigungszeitanteil (inkl. geförderter Beschäftigung).

Die beispielhaft angeführten Analyseergebnisse zeigen Möglichkeiten einer über die Auswertung üblicher Kennzahlen hinausgehenden Differenzierung von Personen nach ihren Karriereverläufen auf. Derartige Auswertungen können als informative Grundlage für die Optimierung der maßnahmenspezifischen TeilnehmerInnenrekrutierung und die zielgruppenadäquate Weiterentwicklung von Förderangeboten genutzt werden.

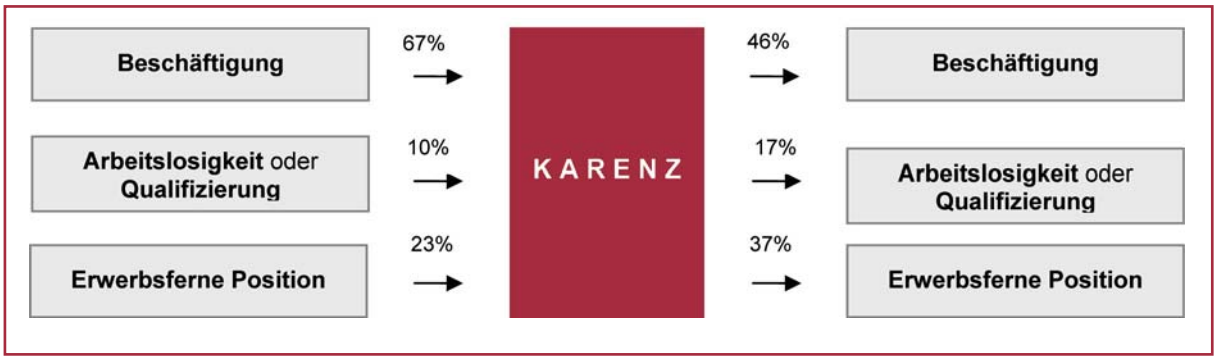
3 Karenzmonitoring 2000-2006

Die Wirkung des Kinderbetreuungsgeldes auf die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen wurde in den letzten Jahren intensiv diskutiert.[10] Der Beitrag beinhaltet einerseits Aspekte einer deskriptiven Statistik über die Bezieherinnen und Bezieher von Karenzgeld und Kinderbetreuungsgeld und deren Leistungsbezugsverhalten im Untersuchungszeitraum.[11] Andererseits wird versucht, mit Mitteln des Standard-Karenzmonitoring des AMS Data Warehouse ergänzende Befunde zum Verständnis der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von KinderbetreuungsgeldbezieherInnen beizusteuern.

Je nach Fragestellung werden im Folgenden episoden- oder personenbezogene Auswertungen herangezogen.

Abgänge aus Beschäftigung in Karenz bzw. aus Karenz in Beschäftigung 2006 (Episodenbetrachtung)

Im Jahr 2006 wurden 76.644 Abgänge aus bzw. Unterbrechungen von Karenzepisoden verzeichnet - das entspricht 76.186 Personen. Die Differenz von 458 ist auf Personen zurückzuführen, die zumindest zweimal in diesem Zeitfenster aus der Karenz abgegangen sind.[12] Vor Beginn der Karenzzeit waren 67% beschäftigt und 23% in erwerbsfernen Positionen. Nach dem Ende der Karenzepisode hatten 46% ein Beschäftigungsverhältnis und 37% waren Out of Labour Force.[13]



[10] Lediglich exemplarisch sollen zwei wissenschaftliche Analysen genannt werden: Riesenfelder A./Sorger C./Wetzel P./Willsberger B., Evaluierung der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes, Studie von L&R Sozialforschung im Auftrag der BAK, Wien Oktober 2006.
Lutz H., Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern, Studie des WIFO im Auftrag der AK Wien, Wien März 2004

[11] Siehe auch den Vorgängerbericht zum Thema; in: BMWA (Hrsg.), „Arbeitsmarktmonitoring 2005“ mit dem DWH des AMS (Wien 2005). Download unter http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/DD2BC0D7-0F89-4B72-BBD9-AD4D814E8BE6/0/Arbeitsmarktmonitoring2005.pdf

[12] Bei der personenbezogenen Auswertung wird eine Person, die z.B. zweimal pro Jahr eine Karenzepisode beendet (Unterbrechungen zw. den jeweiligen Episoden überschreiten 28 Tage) und einmal im Anschluss an die Karenz in Arbeitslosigkeit und das zweite Mal in eine erwerbsferne Position abgeht, bei der Gesamtsumme aller AbgängerInnen im relevanten Zeitraum nur einmal gezählt.

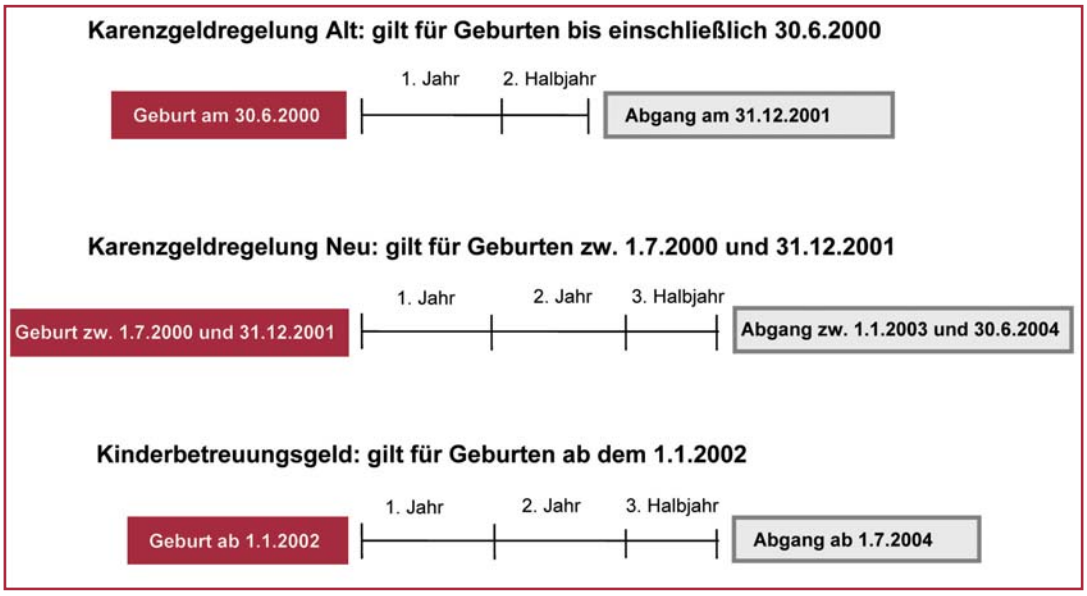
[13] „Beschäftigung“ beinhaltet sowohl selb- und unselbständige als auch geförderte Beschäftigung. Der Dimension „Arbeitslosigkeit/Qualifizierung“ werden Zeiten in Schulungsmaßnahmen und in registrierter Arbeitslosigkeit zugeordnet. Die erwerbsferne Position (OLF) umfasst im Wesentlichen Zeiten von Wochen-, Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug, sonstige Versicherungszeiten oder -lücken sowie ausschließliche geringfügige Beschäftigung. Ausgewertet wurde der Status 7 Tage nach dem Ende der Karenzepisode. Grund dafür ist u.a. die Codierung von Personen, die z.B. an einem Freitag ihre Karenzepisode beenden und am darauf folgenden Montag wieder zu arbeiten beginnen: Status am Samstag und Sonntag ist „Out of Labour Force“ und erst am Montag „beschäftigt“.

Arbeitsmarktposition vor Antritt bzw. nach Beendigung der Karenzepisode*	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
AUS ... IN KARENZ							
Beschäftigung	80%	80%	84%	78%	71%	68%	67%
Arbeitslosigkeit	11%	11%	7%	11%	10%	10%	10%
Out of Labour Force	8%	9%	9%	11%	19%	22%	23%
ABGÄNGE AUS KARENZ							
Frauen	63.230	63.770	9.472	51.189	61.413	67.362	69.073
Männer	1.735	2.028	1.489	3.278	4.743	6.980	7.571
insgesamt	**64.965**	**65.798**	**10.961**	**54.467**	**66.156**	**74.342**	**76.644**
AUS KARENZ IN ...							
Beschäftigung	39%	39%	70%	48%	47%	47%	46%
Arbeitslosigkeit	7%	7%	4%	17%	16%	17%	17%
Out of Labour Force	54%	54%	25%	35%	37%	36%	37%

* Kennzahl "Bestand"

Angesichts des Einbruches der Abgänge (auf 10.961) im Jahr 2002, die auf die Verlängerung der Bezugsdauer zurückzuführen ist, zeigt sich bereits 2004 wieder eine Annäherung der Abgänge aus Karenz an das ursprüngliche Niveau; allerdings ist die Zusammensetzung dieser Personengruppe - bezogen auf die Leistungsart - vergleichsweise heterogen. Dies wird unter der Annahme, dass nur ein Elternteil in Karenz geht und den maximal möglichen Bezug konsumiert, illustriert.

Die letzten Personen, die in die „Karenzgeldregelung Alt“ mit einer Bezugsdauer bis zum 18. Lebensmonat des Kindes fallen, beendeten am 31.12.2001 ihren Leistungsbezug (Geburten bis zum 30.6.2000). Für Geburten zw. dem 1.7.2000 und 31.12.2001 gilt die „Karenzgeldregelung Neu“, die eine Ausdehnung des maximalen Leistungsbezuges (von einer Person) vom 18. auf das 30. Lebensmonat des Kindes beinhaltet.



Die Kinderbetreuungsgeldregelung (für Geburten ab dem 1.1.2002) sieht die gleiche Bezugsdauer wie das „Karenzgeld Neu“ vor, weitet aber gleichzeitig - in Abgrenzung zur Karenzregelung - den BezieherInnenkreis aus: Der Karenzgeldbezug war von einer Mindestversicherungszeit in der Arbeitslosenversicherung innerhalb einer bestimmten Rahmenfrist abhängig, während seit dem 1.1.2002 alle Personen mit Anspruch auf Familienbeihilfe für das Kinderbetreuungsgeld[14] qualifiziert sind (Hausfrauen/-männer, StudentInnen, Selbständige).[15]

Die Abgänge im Jahr 2002 setzen sich daher vorwiegend aus Personen zusammen, die bereits vom Geltungsbereich der „Karenzgeldregelung Neu“ oder dem Kinderbetreuungsgeldgesetz erfasst waren und demnach ihre Karenzepisode vorzeitig beendet haben.

Im Jahr 2004 haben die Abgänge wieder das Ausgangsniveau (vor der Verlängerung der Bezugszeiten) erreicht. Auffallend ist die Zunahme der Personen, die aus Karenz in Beschäftigung abgehen: Waren es in den Jahren 2000 und 2001 noch 39%, so sind es im Zeitraum 2004-2006 rund 47%. Folgende Erklärungsgründe für diesen Umstand bieten sich an: Einerseits hat sich mit der Karenzgeldregelung neu und dem Kinderbetreuungsgeld die Dauer der Karenz deutlich verlängert: Die durchschnittliche empirische Karenzepisode dauert nun 2,5 bis 3 Jahre anstelle von rund 1,5 bis 2 Jahre (Karenzgeld alt). Damit haben die Kleinkinder ein Alter erreicht, wo es sowohl aus organisatorischen als auch emotionalen Gründen für die Eltern leichter erscheint, einen passenden Kinderbetreuungsplatz zu finden. Andererseits könnte auch die erhöhte Erwerbsbeteiligung während der Karenzepisode und der damit zusammenhängende engere Kontakt zum Arbeitsmarkt eine positive Rolle für den Wiedereintritt spielen.[16]

Exkurs – Prozentuelle Verschiebung zwischen den Abgängen in „Arbeitslosigkeit“ und „Out of Labour Force“ ab dem Jahr 2003: Die Veränderung des Anteils der Fälle, die in registrierte Arbeitslosigkeit abgehen, ist im Wesentlichen durch die Einstellung der Sondernotstandshilfe (Genehmigungen bis Ende 2002) bedingt. Personen, die nach Ende der Karenzzeit Sondernotstandshilfe in Anspruch nahmen, wurden der Kategorie „Out of Labour Force“ zugeordnet, während nunmehr davon auszugehen ist, dass der Großteil dieses Personenkreises in „Arbeitslosigkeit oder Qualifizierung“ abgeht.

[14] Kinderbetreuungsgeld gebührt auch dann, wenn kein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht, 1) weil Anspruch auf eine gleichartige ausländische Leistung besteht bzw. 2) wenn gewisse Versicherungszeiten aufgrund einer Erwerbstätigkeit vorliegen.

[15] Darüber hinaus wurde der Anspruch auf Arbeitslosengeld durch den Karenzgeldbezug erschöpft, während der Bezug von Kinderbetreuungsgeld den AlG-Anspruch nicht berührt.

[16] Die Möglichkeit einer regelmäßigen Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze gab es auch während der „Karenzgeldregelung alt“ für Geburten bis einschließlich 30.6.2000 unter der Voraussetzung, dass die Arbeitszeit um mindestens 40% reduziert wurde. Allerdings betrug das Karenzgeld bei Teilzeitbeschäftigung nur 50% der ursprünglichen Leistung, was ein Grund für die geringe Inanspruchnahme (rund 4%) gewesen sein dürfte.

Entwicklung des Leistungsbezuges nach Geschlecht (Episodenbetrachtung)

LeistungsbezieherInnen nach Geschlecht* - Abgänge im Jahr							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Frauen	63.230	63.770	9.472	51.189	61.413	67.362	69.073
Männer	1.735	2.028	1.489	3.278	4.743	6.980	7.571
Insgesamt	64.965	65.798	10.961	54.467	66.156	74.342	76.644
Frauenanteil	97%	97%	86%	94%	93%	91%	90%
Männeranteil	3%	3%	14%	6%	7%	9%	10%

*Kennzahl "Bestand"; +1T

Die Abgänge ab dem Jahr 2003 zeigen eine vermehrte Inanspruchnahme des Leistungsbezuges durch Männer. Verglichen mit Jahren 2000 und 2001 beträgt der Männeranteil an allen Abgängen im Jahr 2006 mit knapp 10% bereits rund das Dreifache des Ausgangswertes.[17] Interessant ist in diesem Kontext der sozialrechtliche Status dieser Männer. Als Indikator für die zugrunde liegende Verteilung kann die amtliche Kinderbetreuungsgeldbezugsstatistik[18] herangezogen werden. Gemäß dieser Statistik vom Dezember 2006 waren 51% aller laufenden Fälle der Männer vor dem KBG-Leistungsbezug Arbeiter, Angestellte oder öffentlich Bedienstete, 19% Selbständige, 18% Bezieher von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe und die restlichen 13% Hausmänner oder Studenten.

Methodik

Im Karenz(verbleibs)monitoring wird die Elternkarenzepisode über die Leistungsbezüge Wochengeld, Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld definiert. Gezählt werden nur solche Personen oder Fälle, die aus dem Leistungsbezug abgegangen sind. Ein „Abgang“ ist dann gegeben, wenn eine Bezugsunterbrechung – aus welchen Gründen auch immer[19] – von mindestens 28 Tagen vorliegt.

Bezugsunterbrechungen, die bis zu 28 Tage dauern, werden bei der „Elternkarenzepisode“ mit dem zeitlich vorangehenden Leistungsbezug überschrieben. Kurze Lücken zwischen Leistungsbezügen, bedingt durch Krankheit oder Aufnahme einer Kurzzeitbeschäftigung, wie sie des Öfteren in den Datensätzen vorfindbar sind, werden durch Anwendung dieser Glättungsregel nicht als Unterbrechung der Karenzepisode gewertet.

Die Art der Geldleistung am letzten Tag ist ausschlaggebend für die interne Klassifizierung der Episode als Wochen-, Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldepisode: Wurde beispielsweise im Anschluss an das Wochengeld Karenzgeld bezogen, zählt der gesamte Bezugszeitraum als Karenzgeldepisode.

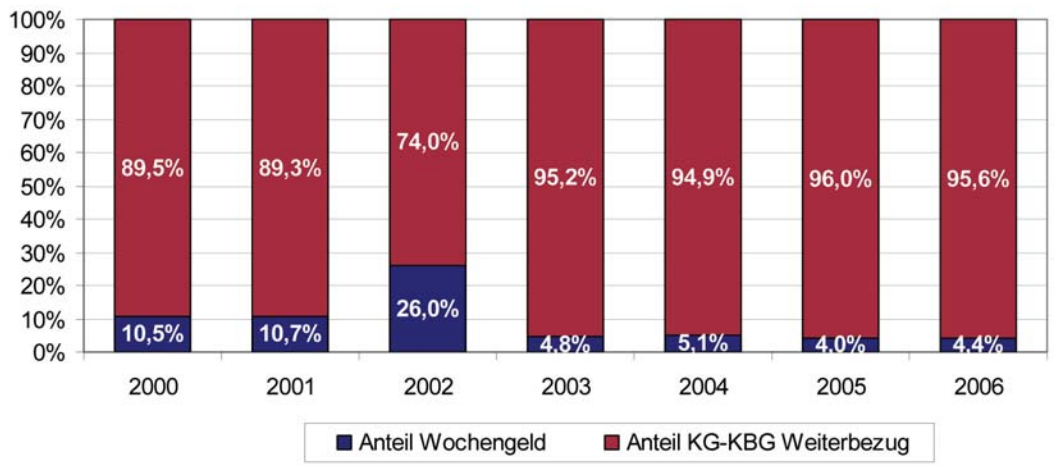
[17] Als Anzahl der laufenden KBG-Fälle betrug der Männeranteil im Dezember 2006 rund 3,5%.
[18] Aktueller Weblink BMGFJ: http://www.bmgfj.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0501&doc=CMS1172233390229
[19] Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oberhalb der Zuverdienstgrenze, Ausbezug etc.

Bei der Vor- und Nachkarriere kommt keine Glättungsregel zur Anwendung. Jeder einzelne Tag der Vor- und Nachkarriere wird eindeutig einem Status (Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Out of Labour Force) zugeordnet.
Andere Bezüge, die an der Geburt oder Betreuung eines Kindes anknüpfen, wie die Betriebshilfe für Selbständige (Leistung anstelle des Wochengeldes) oder die Teilzeitbeihilfe[20] für Unselbständige und Selbständige (Leistung nach dem Wochengeldbezug bzw. der Betriebshilfe in der Höhe des halben Karenzgeldes) sowie bestimmte Leistungen für Beamtinnen (nach dem Mutterschutzgesetz oder Karenzgeldleistungen)[21] werden bei dieser Auswertung nicht berücksichtigt.

Wie häufig wird die Karenzzeit direkt nach dem Wochengeldbezug ab- bzw. unterbrochen (Episodenbetrachtung)?

Ab dem Jahr 2003 ist ein deutlicher Rückgang der Fälle zu konstatieren, die nach Ausschöpfung des Wochengeldbezuges ihre Karenzepisode beenden. Bei einem Vergleich der Jahre 2000 und 2001 mit dem Jahr 2004 (ähnliche Abgangszahlen) beträgt die Reduktion rund 50%. Diese Entwicklung könnte auf die verstärkte Inanspruchnahme der neuen Zuverdienstgrenzen durch Personen, die vorher bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Konsumation ihres Resturlaubs aus dem Leistungsbezug ausschieden, zurückzuführen sein.

Abgänge nach der gesetzlichen Mutterschutzfrist



[20] Gilt für Geburten vor der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes mit 1.1.2002. Die Teilzeitbeihilfe erhielten unselbständig Beschäftigte, die die Anwartschaft für das Karenzgeld noch nicht erfüllt haben, nach dem Ende des Wochengeldbezuges. Analog dazu wurde Selbständigen, im Anschluss an die Betriebshilfe, Teilzeitbeihilfe gewährt.

[21] Diese Leistungen für BeamtInnen werden vom Dienstgeber bezahlt (und nicht von der Kranken-, Arbeitslosenversicherung oder dem FLAF), wodurch dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger diese Daten nicht vorliegen. Somit ist in der Karenzmonitoring-Datenbasis nur Kinderbetreuungsgeldbezug von BeamtInnen erfasst.

Wie viele Personen haben den gesamten Bezugszeitraum der „Karenzregelung neu“ oder des „Kinderbetreuungsgeldes“ ausgeschöpft (Personenbetrachtung)?

Voraussetzung für die Auswertung des Ausbezugs ist die Einlagerung der Qualifikation „Geburt“ in den Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.[22] Wird diese Qualifikation innerhalb der Karenzepisode einer Person registriert, so ist der Ausbezug der Leistung gegeben, wenn der Zeitraum zwischen Geburt und Ende der Karenzepisode mindestens 2,5 Jahre beträgt.[23]

Die Qualifikation „Geburt“ ist nur für rund 64% der AbgängerInnen der Jahre 2005 und 2006 eingelagert.[24]

Anteil der Personen mit Ausbezug*

	2003	2004	2005	2006
Ausbezug "nein"	7.355	7.690	7.227	7.913
Ausbezug "ja"	36.577	40.001	40.375	41.295
Insgesamt	**43.924**	**47.662**	**47.584**	**49.182**
Anteil Ausbezug	83%	84%	85%	84%

*Kennzahl "Anzahl Personen"

Im Jahr 2006 haben 84% aller in der Auswertung erfassten Personen, die ihre Karenzepisode beendet haben, den Leistungsbezug voll ausgeschöpft (Grundgesamtheit 64% aller AbgängerInnen).

Wie viele Personen haben während ihrer Karenzzeit die Möglichkeit einer geringfügigen Beschäftigung bzw. einer Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze (GG) genutzt (Personenbetrachtung)?

In den Jahren 2000 und 2001 vor dem Inkrafttreten der neuen Zuverdienstgrenzen der „Karenzregelung Neu“ bzw. des Kinderbetreuungsgeldes hatten rund 14% während ihrer Karenzzeit zumindest eine Beschäftigungsepisode oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze. Seit dem Jahr 2002 ist der Anteil der Personen, die in ihrer Karenzzeit (zeitweise) beschäftigt sind, deutlich gestiegen und beträgt im Jahr 2006 rund 50%. Grund dafür ist die Neuregelung der Zuverdienstgrenze, die seit ihrem Inkrafttreten mit 1.1.2002 ein Einkommen in der Höhe von € 14.600[25] im Kalenderjahr ermöglicht.[26]

Personen mit Beschäftigung während ihrer Karenzepisode*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Geringfügig Beschäftigte	6.750	7.711	535	5.320	5.700	6.190	6.211
Beschäftigte oberhalb der GG**	7.688	7.897	4.241	23.562	30.500	35.177	36.765
Personen insgesamt	**57.873**	**58.453**	**8.017**	**51.361**	**62.181**	**71.058**	**72.927**
Anteil geringfügig Beschäftigte	11,7%	13,2%	6,7%	10,4%	9,2%	8,7%	8,5%
Anteil Beschäftigte	13,3%	13,5%	52,9%	45,9%	49,1%	49,5%	50,4%

*Kennzahl "Anzahl Personen"; nur AbgängerInnen aus den Leistungsarten Karenz- und Kinderbetreuungsgeld
**selbständige und unselbständige Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze

[22] Die Daten des Hauptverbandes bilden zusammen mit den AMS-Daten die Grundlage für das Monitoring.
[23] Für die Definition dieser Grenze war der maximale Leistungsanspruch bei der Inanspruchnahme durch eine Person ausschlaggebend.
[24] Nicht erfasst wird beispielsweise die Geburt der Kinder von Beamtinnen oder Mitversicherten.
[25] In den € 14.600 sind Sozialversicherungsbeiträge und Sonderzahlungen enthalten.
[26] Bis zum 31.12.2001 waren die Zuverdienstmöglichkeiten neben dem Leistungsbezug im Wesentlichen auf geringfügige Beschäftigungen oder Teilzeitbeschäftigungen mit um 50% reduzierten Karenzgeldbezug beschränkt.

Zur Interpretation der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Zusammenhang mit den vollversicherten Beschäftigungsverhältnissen: Es ist nicht zulässig, die geringfügig Beschäftigten zu den Beschäftigten oberhalb der GG zu addieren, da dies Doppelzählungen impliziert. Die Auswertung für das Jahr 2006 zeigt, dass von den 36.765 Personen mit zumindest einer Beschäftigungsepisode oberhalb der GG während ihrer Karenzzeit 1.936 in diesem Zeitraum auch geringfügig beschäftigt waren.

Entwicklung des entgeltlichen unselbständigen Arbeitsvolumens von Frauen in den ersten drei Jahren nach der Geburt

Als Indikator des entgeltlichen Arbeitsvolumens wurden für diese Analyse die Tage in unselbständiger Beschäftigung herangezogen. Um eine Ähnlichkeit der Vergleichsgruppen herzustellen wurde die Gruppe der Abgängerinnen aus Kinderbetreuungsgeldbezug mit einer Bezugsdauer von rund 2,5 Jahren (KBG-Ausbezug; Gruppe 1) in den Jahren 2004 und 2005 mit den Abgängerinnen aus Karenzgeldbezug mit einer Bezugsdauer von rund 1,5 Jahren[27] in den Jahren 2000 und 2001 (KG-Ausbezug; Gruppe 2) verglichen.

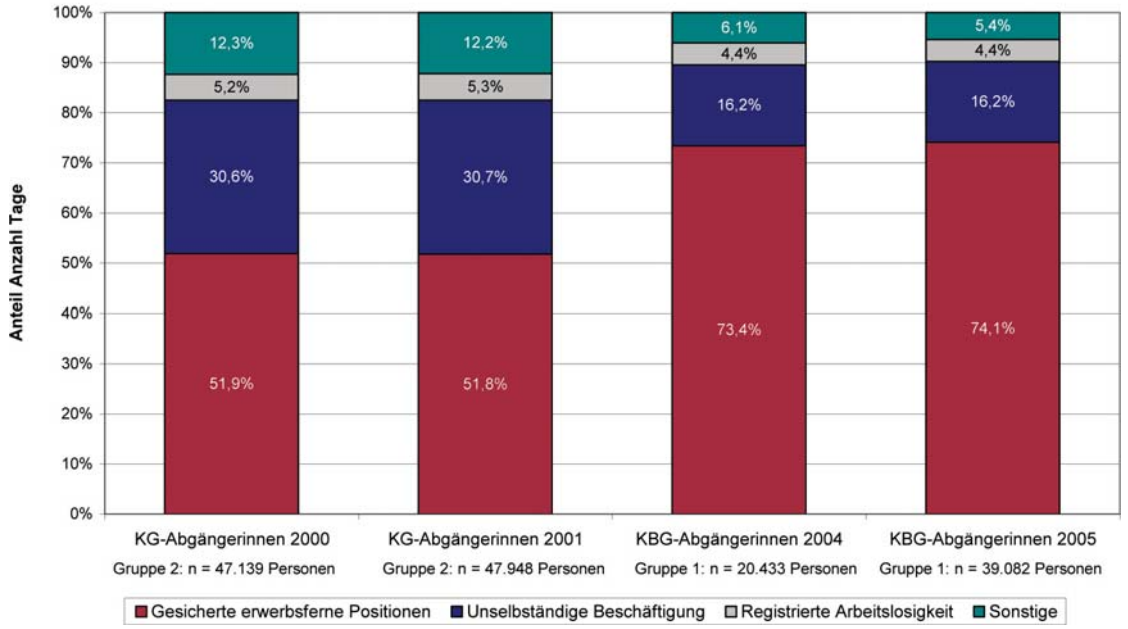
Für beide Gruppen wurden zum einen die Anzahl der Tage in unselbständiger, vollversicherter Beschäftigung (ohne geringfügige Beschäftigung) während ihrer Bezugsepisode (KG oder KBG) ausgewertet. Zusätzlich zur Beschäftigung während der Karenzepisode wird für die Gruppe 1 der Zeitraum von einem halben Jahr nach Abgang aus Karenz ausgewertet. Für die Gruppe 2 Abgängerinnen wurde der Nachbeobachtungszeitraum nach Karenz auf ein Jahr ausgedehnt. Somit wird für beide Personengruppen die Erwerbstätigkeit im Zeitraum von etwa drei Jahren nach Geburt eines Kindes analysiert (wobei im Durchschnitt der Gesamt-Zeitraum für die ausgewerteten KG-Bezieherinnen etwas darunter liegt).

Im Ergebnis zeigt sich, dass die für den Vergleich herangezogene Gruppe von Karenzgeldbezieherinnen in den Jahren 2000 und 2001 einen Anteil in unselbständigen Beschäftigungstagen im Zeitraum von etwa drei Jahren nach Geburt des Kindes von rund 30% verzeichnen kann, während die Gruppe der Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen in den Jahren 2004 und 2005 einen Anteil von rund 16% unselbständigen Beschäftigungstagen erzielen konnte.[28]

[27] Die Karenzgeldepisoden der herangezogenen Gruppe 2 Abgängerinnen liegen hauptsächlich zwischen 1,5 und 2 Jahren mit einer deutlichen Konzentration auf rund 1,5 Jahre.

[28] Der deutliche Vorsprung bei Beschäftigungstagen der Frauen mit KG-Bezug bleibt auch bei einem Beobachtungszeitraum von 2,5 Jahren nach Geburt (sogar verstärkt) bestehen. Lediglich wenn der Zeitraum auf maximal 1,5 Jahren begrenzt wird, weisen die KBG-Bezieherinnen (deutlich) mehr Beschäftigungstage auf.

Unselbständige Beschäftigung von Müttern im Zeitraum von rund 3 Jahren nach Geburt des Kindes



Resümee zur Erwerbsbeteiligung und zum entgeltlichen Arbeitsvolumen während der Elternkarenz und in den ersten Jahren nach der Geburt des Kindes

Aus den präsentierten Auswertungen lassen sich zusammenfassend drei Kernaussagen gewinnen.

1. Das 2002 eingeführte Kinderbetreuungsgeld hat die – zumindest phasenweise – Erwerbsbeteiligung während der Karenzzeit durch die merklich erweiterte Zuverdienstmöglichkeit deutlich erhöht. Rund die Hälfte der BezieherInnen ist zumindest ein Mal während des Leistungsbezugs über der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt. Der überwiegende Teil der BezieherInnen nutzt die maximale Leistungsbezugsdauer von 2,5 Jahren für eine anspruchsberechtigte Person aus; für diese Personengruppe wird ein Anteil an vollversicherten (unselbständigen und selbständigen) Beschäftigungstagen von rund 12% während der Bezugsepisode registriert. Mit dem Kinderbetreuungsgeld ist auch ein leichter Anstieg der Inanspruchnahme dieser Familienleistung durch Männer gegenüber der Karenzgeldregelung einhergegangen.

2. Die Verlängerung der maximalen Bezugsdauer von Kinderbetreuungsgeld gegenüber dem Karenzgeld führte aber dazu, dass sich das gesamte entgeltliche Arbeitsvolumen der Mütter im Zeitraum von drei Jahren nach der Geburt des Kindes gegenüber der alten Karenzgeldregelung verringerte. Die Bezieherinnen von Karenzgeld wiesen in der Phase von 1,5

bis 3 Jahren nach der Geburt eine deutlich höhere Erwerbsbeteiligung auf als die gegenwärtigen Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen. Auch wenn die Zuverdienstmöglichkeit während des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld zunehmend genutzt wird, reicht diese Erwerbstätigkeit bei der empirisch gegebenen Dauer der Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsgeld nicht aus, um die Beschäftigungstage von Frauen im Gesamtzeitraum von drei Jahren nach Geburt des Kindes auch nur annähernd auf das Niveau der Regelung des „Karenzgeld-Alt“ zu bringen.

3. Die Beschäftigungsquote zum Zeitpunkt rund drei Jahren nach Geburt des Kindes hat sich bei Heranziehung dieser beiden Untersuchungsgruppen seit dem Jahr 2000 nicht wesentlich verändert. Die Werte liegen zwischen 43% und 48%, es ist – auch angesichts verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – nicht ersichtlich, dass zwischen Karenzgeld- und Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen nach drei Jahren eine signifikant andere Erwerbsbeteiligung vorherrschen würde. Der Wiedereinstieg der KBG-Bezieherinnen erfolgt zwar deutlich später als bei den KG-Bezieherinnen, der spätere Wiedereinstieg drückt sich aber nicht in einer geringeren Beschäftigungsquote nach drei Jahren aus; es zeigt sich eine Konvergenz der Beschäftigungsquoten. Wichtige Aspekte der Erwerbsbeteiligung wie Einkommen, Art der Tätigkeit oder Arbeitszeiten wurden in dieser Analyse allerdings noch nicht berücksichtigt.

Diese Ergebnisse sind auch in klarer Übereinstimmung mit den Resultaten der Registerdaten-Untersuchung von L&R Sozialforschung (2006, S. 89; siehe Fußnote am Beginn des Kapitels). Sie konnten unter Anwendung der Standard-Auswertungsmöglichkeiten des AMS Data Warehouse herausgearbeitet werden.

4 Erwerbskarrierenmonitoring

4.1 Die Dynamik am österreichischen Arbeitsmarkt 2006

Das Erwerbskarrierenmonitoring weist für 2006 einen jahresdurchschnittlichen Bestand unselbständig Beschäftigter von ca. 3.094.800 aus. Dieser Wert ist deutlich geringer als der offiziell ausgewiesene Bestand von ca. 3,28 Mio. da im Data Warehouse des AMS Karenz- bzw. KinderbetreuungsgeldbezieherInnen mit aufrechtem Dienstverhältnis sowie Präsenzdiener - entgegen der offiziellen Hauptverbands-Statistik - nicht als beschäftigt ausgewiesen werden. Außerdem werden in den offiziellen Zahlen Beschäftigungsverhältnisse gezählt, während im Erwerbskarrierenmonitoring jeder Person zu jedem Zeitpunkt ein eindeutiger Zustand zugeordnet wird - die Personen werden im Bestand also nicht mehrfach gezählt.

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme des Beschäftigtenbestandes von rund 59.000 bzw. 1,9%. Der überwiegende Anteil dieser unselbständig Beschäftigten (86%) bezog sich auf Arbeiter- bzw. Angestelltenverhältnisse. Daneben waren rund 9% Beamte und ca. 3% Lehrverhältnisse enthalten. Etwa 1,0% bezog sich auf durch das AMS geförderte Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Lehre).

Daneben wurde ein Jahresdurchschnittsbestand von rund 387.800 selbständig Beschäftigten erfasst. Der Arbeitslosenbestand laut Erwerbskarrierenmonitoring[29] lag bei 249.000. Unter den großen Punkt der gesicherten erwerbsfernen Positionen fallen vor allem Erwerbspension und Elternkarenz.

Jahresdurchschnittsbestand 2006 lt. Erwerbskarrierenmonitoring

	Frauen	Männer	Gesamt
Unselbständige Beschäftigung	1.365.476	1.729.366	3.094.841
Selbständige Beschäftigung	142.760	244.994	387.754
Beschäftigung	**1.508.236**	**1.974.359**	**3.482.595**
Arbeitslosigkeit	107.826	141.217	249.044
AMS-Qualifikation	29.357	25.934	55.291
AMS-Vormerkung	**137.183**	**167.151**	**304.334**
Gesicherte erwerbsferne Position	1.034.225	925.299	1.959.524
HV-Vormerkung	18.213	18.356	36.569
Geringfügige Beschäftigung	96.640	32.061	128.701
Sonst. erwerbsferne Position	509.465	265.779	775.244
Unbestimmt	341.028	375.334	716.363
Sonstige	**1.999.571**	**1.616.829**	**3.616.401**
GESAMT	**3.644.990**	**3.758.340**	**7.403.330**

Quelle: AMS DWH mon_erwerb_epi

[29] Unterschiede zu den offiziellen Arbeitslosenzahlen: Die offiziellen AL-Zahlen werden zum Stichtag sofort eingefroren, die Daten im Erwerbskarrierenmonitoring (EKM) werden hingegen regelmäßig nachgerechnet. Rückwirkende Änderungen werden also berücksichtigt. Zusätzlich werden Unterbrechungen von unter 29 Tagen im EKM nicht berücksichtigt und erhöhen damit die ausgewiesene Arbeitslosigkeit.

Neben der üblichen Bestandsauswertung ist im Erwerbskarrierenmonitoring aber auch eine personenbezogene Betrachtung möglich. So waren im Jahr 2006 rund 3.719.000 Personen mindestens einen Tag lang (über der Geringfügigkeitsgrenze) unselbständig beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um ca. 55.300 bzw. 1,5%. Ca. 55% der unselbständig beschäftigten Personen waren Männer, der Anstieg fiel jedoch bei den Frauen mit 2,0% wesentlich deutlicher aus.

Personenbezogenes Arbeitskräftepotential für das Jahr 2006*

	Insgesamt	Männer	Frauen
Unselbständig Beschäftigte	3.719.063	2.053.502	1.665.561
Selbständig Beschäftigte	431.027	273.483	157.544
Beschäftigte insgesamt	**4.041.851**	**2.265.681**	**1.776.170**
Vorgemerkte Arbeitslose	800.756	461.050	339.706
Personenbezogenes Arbeitskräftepotential	**4.519.819**	**2.514.552**	**2.005.267**

*Anzahl Personen mit mindestens einem Tag im angeführten Erwerbsstatus

Diese Betrachtung erlaubt auch eine Berechnung des personenbezogenen Arbeitskräftepotentials, das alle Personen umfasst, die im Jahr 2006 am Arbeitsmarkt in Erscheinung getreten sind. 765.500 der unselbständig beschäftigten Personen waren unter 25 Jahre alt, das entspricht einem Anteil von 21%. Rund 52% der Personen waren im Haupterwerbsalter zwischen 25 und 44 Jahren und 1.038.500 der beschäftigten Personen waren im Alter von mindestens 45 Jahren. Mit +5,0% stieg die Zahl der unselbständig beschäftigten Personen in der Kohorte 45+, während sie in der Altersgruppe der 25-44-Jährigen mit +0,1% nur geringfügig anstieg.

Das Volumen der unselbständigen Beschäftigungstage lag im Jahr 2006 bei über 1,13 Mrd. Tagen. Das bedeutet pro Person durchschnittlich 304 Tage. Jene Personen also, die im Jahr 2006 zumindest ein Beschäftigungsverhältnis aufwiesen, standen den Großteil des Jahres - nämlich ca. 10 Monate - in Beschäftigung.

Anzahl unselbständig beschäftigter Personen 2006

			Veränderung zum Vorjahr	
		2006	absolut	in %
Frauen	< 25 Jahre	348.208	4.249	1,2%
	>= 25 bis < 45 Jahre	881.352	5.504	0,6%
	>= 45 Jahre	450.698	23.910	5,6%
	Gesamt	1.665.561	32.882	2,0%
Männer	< 25 Jahre	417.313	1.622	0,4%
	>= 25 bis < 45 Jahre	1.067.489	-4.362	-0,4%
	>= 45 Jahre	587.815	25.631	4,6%
	Gesamt	2.053.502	22.437	1,1%
Gesamt	< 25 Jahre	765.521	5.871	0,8%
	>= 25 bis < 45 Jahre	1.948.841	1.142	0,1%
	>= 45 Jahre	1.038.513	49.541	5,0%
	Gesamt	3.719.063	55.319	1,5%

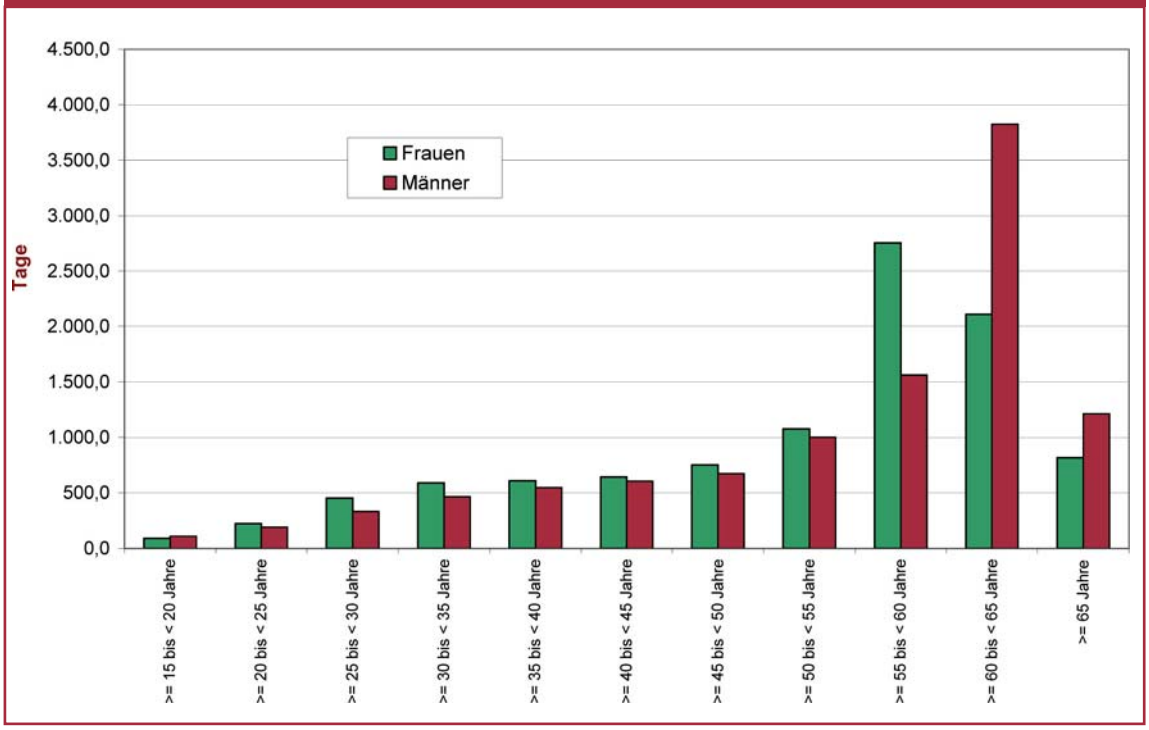
Etwa 2.336.300 Personen - das entspricht einem Anteil von etwa 63% aller unselbständig beschäftigten Personen - standen das ganze Jahr durchgehend in Beschäftigung.

Bei den durchgehend beschäftigten Personen lag der Anteil der über 45jährigen bei rund 37%, in der Altersgruppe unter 25 Jahren bei ca. 9%.

Im Jahr 2006 wurden ca. 1.469.000 unselbständige Beschäftigungsverhältnisse beendet. Ca. 57% dieser Abgänge entfielen auf Männer. Insgesamt dauerten diese beendeten Beschäftigungsepisoden durchschnittlich 543 Tage - also ca. 18 Monate. Die Verteilung ist aber nicht gleichmäßig. So dauerten 21% dieser Beschäftigungsverhältnisse nicht länger als 28 Tage und 62% dauerten kürzer als ein halbes Jahr. 24% aller unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse hatten bei ihrer Beendigung länger als 1 Jahr gedauert.

Die durchschnittliche Dauer der im Jahr 2006 beendeten Beschäftigungsepisoden lag bei den Frauen mit 564 Tagen über jener der Männer (527 Tage). Große Unterschiede gab es naturgemäß nach dem Alter. Während die Beschäftigungsverhältnisse der unter 25-jährigen Personen 161 Tage gedauert hatten, lag die Dauer bei den über 45-jährigen bei etwa 1.300 Tagen.

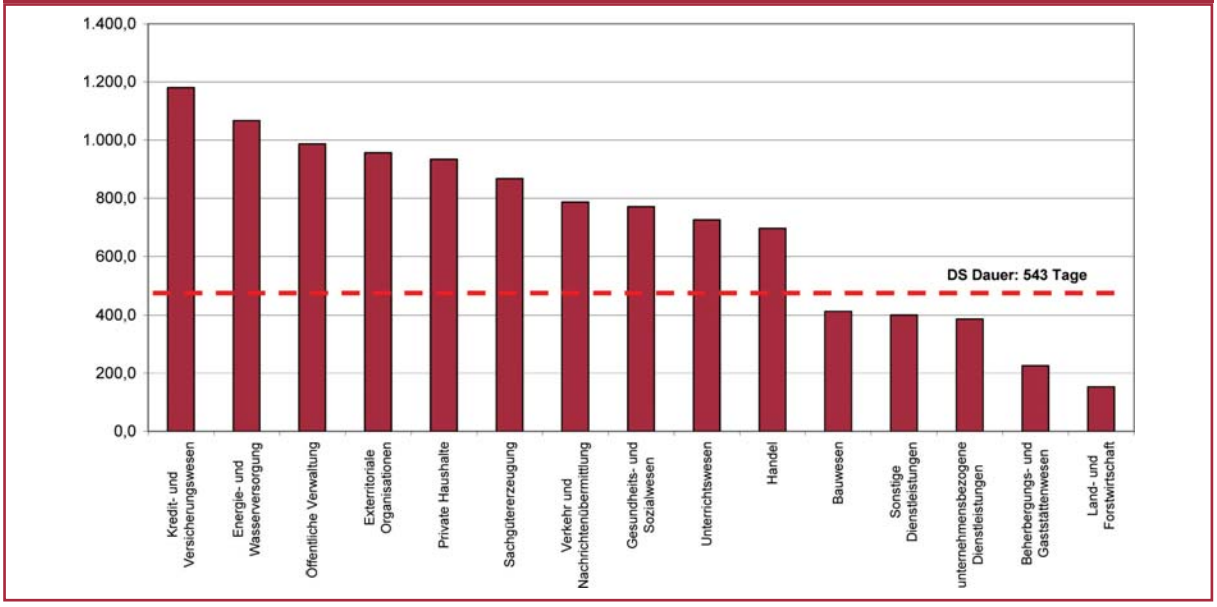
Dauer unselbständiger Beschäftigungverhältnisse 2006



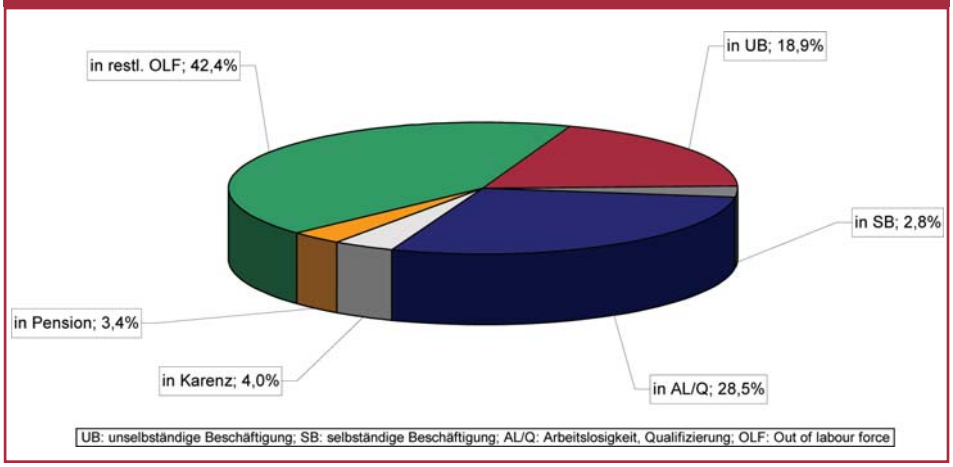
Interessant ist auch die Betrachtung der Beschäftigungsdauern nach Wirtschaftsklassen. Deutlich am kürzesten dauerten Beschäftigungsepisoden mit 153 Tagen im Primärsektor - am längsten hingegen im Produktionssektor. Hier endete ein Beschäftigungsverhältnis nach durchschnittlich 646 Tagen. Im Dienstleistungssektor lag die Dauer der beendeten Beschäftigungen mit 540 Tagen genau im Durchschnitt. Spitzenreiter waren das Kredit- und Versicherungswesen (1.180 Tage), die Energie- und Wasserversorgung mit 1.067 Tagen, die öffentliche Verwaltung mit 986 Tagen, exterritoriale Organisationen mit 956 Tagen sowie private Haushalte mit 934 Tagen. Neben der Land- und Forstwirtschaft (153 Tage) dauerten die Beschäftigungsepisoden im Fremdenverkehr (225 Tage) am kürzesten.

Auf fast 50% dieser 1.469.000 im Jahr 2006 beendeten unselbständigen Beschäftigungsepisoden folgte eine erwerbsferne Position (OLF). Darunter fallen unter anderem 4% Wechsel in die Elternkarenz, sowie 3,4% Übergänge in die Pension. Die Wechsel in eine Episode der Elternkarenz entfielen naturgemäß hauptsächlich auf die Frauen, weshalb der generelle Anteil der Wechsel in eine erwerbsferne Position bei den Frauen mit 54% deutlich höher ist als bei den Männern (46%). In 22% der Fälle gelang den Personen ein direkter Übertritt in ein anderes Beschäftigungsverhältnis (darunter in 2,8% der Fälle in die Selbständigkeit). Dieser Anteil war bei den Männern etwas höher (24%). Die restlichen 29% der Beschäftigungsbeendigungen hatten eine Vormerkung beim AMS zur Folge, wobei das in stärkerem Maße auf Männer zutraf.

Dauer unselbständiger Beschäftigungsverhältnisse im Jahr 2006



Wege aus unselbständiger Beschäftigung 2006

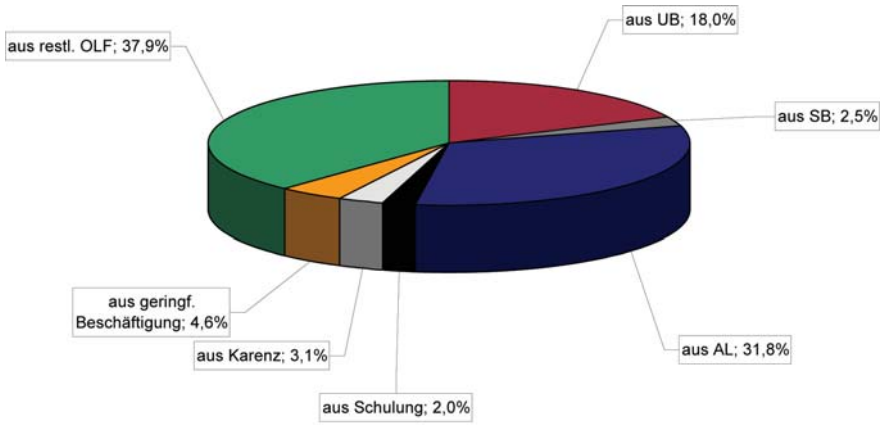


In Kärnten folgte auf die Beendigung einer unselbständigen Beschäftigung in 38% aller Fälle eine Vormerkung beim AMS. In Wien lag dieser Anteil bei nur 25%. Auf der anderen Seite war in Wien der Anteil der direkten Beschäftigungsaufnahmen aus einer unselbständigen Beschäftigung heraus mit 26% am höchsten. Der Anteil der unmittelbaren Beschäftigungswechsel war bei den AusländerInnen mit 16% deutlich niedriger als bei österreichischen StaatsbürgerInnen (23%), was auf den hohen Anteil an Saisonbeschäftigung der AusländerInnen zurückzuführen ist.

Auf der anderen Seite wurden im Jahr 2006 rund 1.538.500 unselbständige Beschäftigungsverhältnisse aufgenommen.

Der Großteil dieser Beschäftigungsaufnahmen - nämlich 46% - erfolgte aus einer erwerbsfernen Position (OLF) heraus. Darunter fielen 5% Wechsel aus einer geringfügigen Beschäftigung, sowie ca. 3% Wechsel aus einer Elternkarenzepisode. Nachdem sich die Beschäftigungsaufnahmen aus der Karenz heraus auf die Frauen konzentrierten, war auch der generelle Anteil der Wechsel aus einer erwerbsfernen Position bei den Frauen (51%) deutlich höher als bei den Männern (41%). Aber auch die meisten Wechsel von einer geringfügigen in eine unselbständige Beschäftigung entfielen auf Frauen. In etwa 34% der Fälle lag eine Vormerkung beim Arbeitsmarktservice vor der Beschäftigungsaufnahme. Hier war der Anteil bei den Männern höher (36%). In ca. 21% der Fälle gelang den Personen ein direkter Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses.

Wege in unselbständige Beschäftigung 2006



UB: unselbständige Beschäftigung; SB: selbständige Beschäftigung; AL/Q: Arbeitslosigkeit, Qualifizierung; OLF: Out of labour force

Der Anteil der Beschäftigungsaufnahmen aus einer erwerbsfernen Position heraus war in Vorarlberg (51%) und dem Burgenland (49%) am größten. Am geringsten war dieser Anteil in Kärnten (39%). Nach Altersgruppen betrachtet stieg der Anteil der direkten Übergänge von einem Beschäftigungsverhältnis in ein anderes bis zum Alter von 40 Jahren deutlich an um dann wieder leicht nachzulassen. Bei den 35- bis 39jährigen erfolgten 28% aller Beschäftigungsaufnahmen direkt aus einer Beschäftigung heraus – bei den unter 25jährigen waren es lediglich 15%.

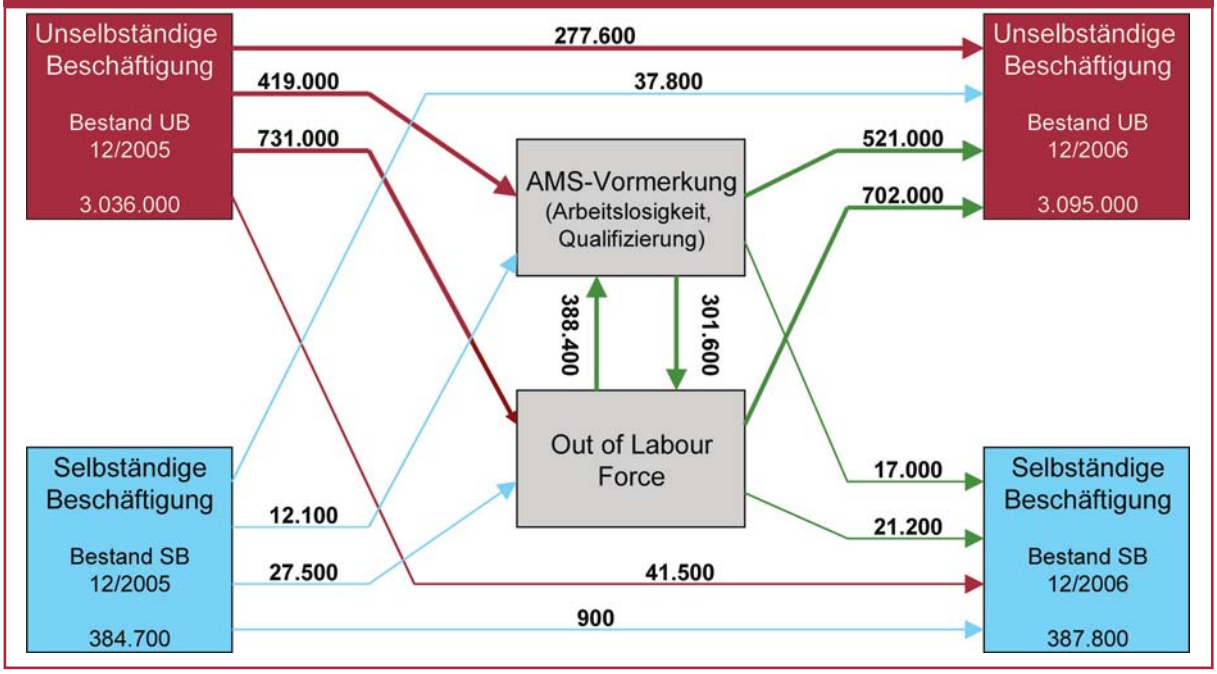
Bei 556.800 der Beschäftigungsaufnahmen im Jahr 2006 handelte es sich um Wiedereinstellungen. Das heißt bei rund 36% der Zugänge in ein Beschäftigungsverhältnis waren die Personen im Jahr zuvor schon einmal bei diesem Dienstgeber beschäftigt gewesen.

Im Jahr 2006 gab es rund 940.000 Zugänge in die Arbeitslosigkeit (Beginn einer Arbeitslosigkeitsepisode). Im Großteil der Fälle - nämlich 46% - standen die Personen vor Beginn der Arbeitslosigkeit in einem Beschäftigungsverhältnis. Nur ein sehr kleiner Teil davon (nicht einmal 1%) bezog sich dabei auf eine vom AMS geförderte Beschäftigung und ein weiteres Prozent betraf eine selbständige Beschäftigung. Weitere 38% befanden sich vor der Arbeitslosigkeit in irgendeiner erwerbsfernen Position (OLF). Der Anteil der Zugänge aus der Karenz lag bei den Frauen bei 3,5% (insgesamt 1,6%). Interessant ist außerdem, dass der Anteil der Zugänge aus einer unselbständigen Beschäftigung bei den Frauen (41%) unterdurchschnittlich ist, während mehr Frauen (20%) als Männer aus einer Qualifikationsmaßnahme des AMS in die Arbeitslosigkeit zugehen.

Auf der anderen Seite wurden im Jahr 2006 rund 965.600 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit (Beendigungen von Arbeitslosigkeitsepisoden), mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer von 99 Tagen verzeichnet. In mehr als der Hälfte der Fälle (52%) nahmen die Personen anschließend ein Beschäftigungsverhältnis auf. Während der Weg für 28% in eine erwerbsferne Position führte und 20% von der Arbeitslosigkeit in eine Schulungsmaßnahme des AMS wechselten.

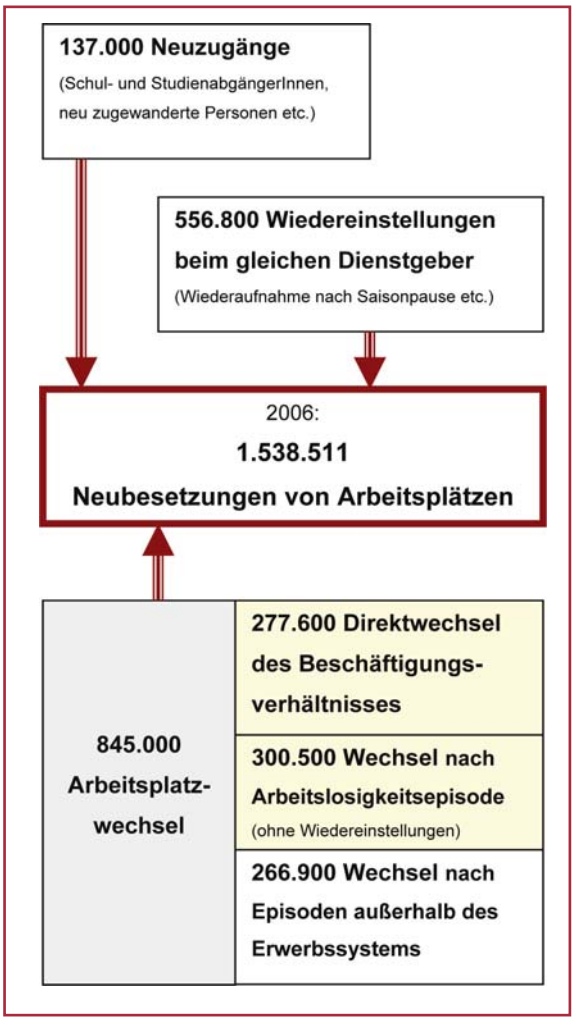
Hinter den Bestandsveränderungen stehen sehr große Bewegungen: Der Bestand unselbständig Beschäftigter stieg von 3.036.000 Ende 2005 auf 3.095.000 Ende 2006, wie auch die folgende Grafik verdeutlicht.

Arbeitsmarktdynamik 2006



4.2 Arbeitsplatz- und Branchenwechsel am österreichischen Arbeitsmarkt

Jährlich werden in Österreich rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze neu besetzt. Gemessen am durchschnittlichen Bestand an Arbeitplätzen bedeutet dies, dass innerhalb eines Jahres beinahe jeder zweite Arbeitplatz vergeben wird. Die Besetzungen von vakanten Stellen erfolgt zum einen Teil durch Neuzugänge zum österreichischen Arbeitsmarkt wie zum Beispiel SchulabgängerInnen oder neu nach Österreich zugewanderte Personen[30]. Im Jahr 2006 hatten diese Neuzugänge mit 137.000 Personen einen Anteil von knapp neun Prozent aller Beschäftigungsaufnahmen. Zu einem weiteren Teil nehmen ArbeitnehmerInnen nach einer - meist saisonal bedingten - Pause ihren angestammten Arbeitsplatz wieder auf. Bei diesen Wiedereinstellungen handelt es sich streng genommen also um keine Neubesetzung. Im Jahr 2006 hatten diese Wiedereinstellungen mit 556.755 immerhin einen Anteil von etwas mehr als 36% aller Stellenbesetzungen. Bei der dritten und mit 55% mit Abstand größten Gruppe von Stellenbesetzungen handelt es sich um Arbeitsplatzwechsel von bereits zuvor am österreichischen Arbeitsmarkt (mehr oder weniger) etablierten Personen. Innerhalb dieser Gruppe bleibt noch zu unterscheiden, ob der Beschäftigungswechsel unmittelbar erfolgt ist, oder ob zwischen den beiden Arbeitslätzen eine Pause in Form von vorgemerkter Arbeitslosigkeit oder Zeiten außerhalb des Erwerbssystems lag.



Im folgenden Artikel werden anhand der Direktwechsel und der Arbeitsplatzwechsel mit dazwischen liegender Arbeitslosigkeitspause des Jahres 2006 Möglichkeiten aufgezeigt, wie mit Hilfe des „Erwerbskarrierenmoduls“ des Data Warehouse die Dynamik des österreichischen Arbeitsmarktgeschehens näher beleuchtet werden kann.

[30] Zum Thema Neuzugang zum Arbeitsmarkt 2006 vgl. auch den entsprechenden Beitrag in der BMWA - Broschüre „Der Arbeitsmarkt 2006“ S. 10 ff

Der unmittelbare Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses

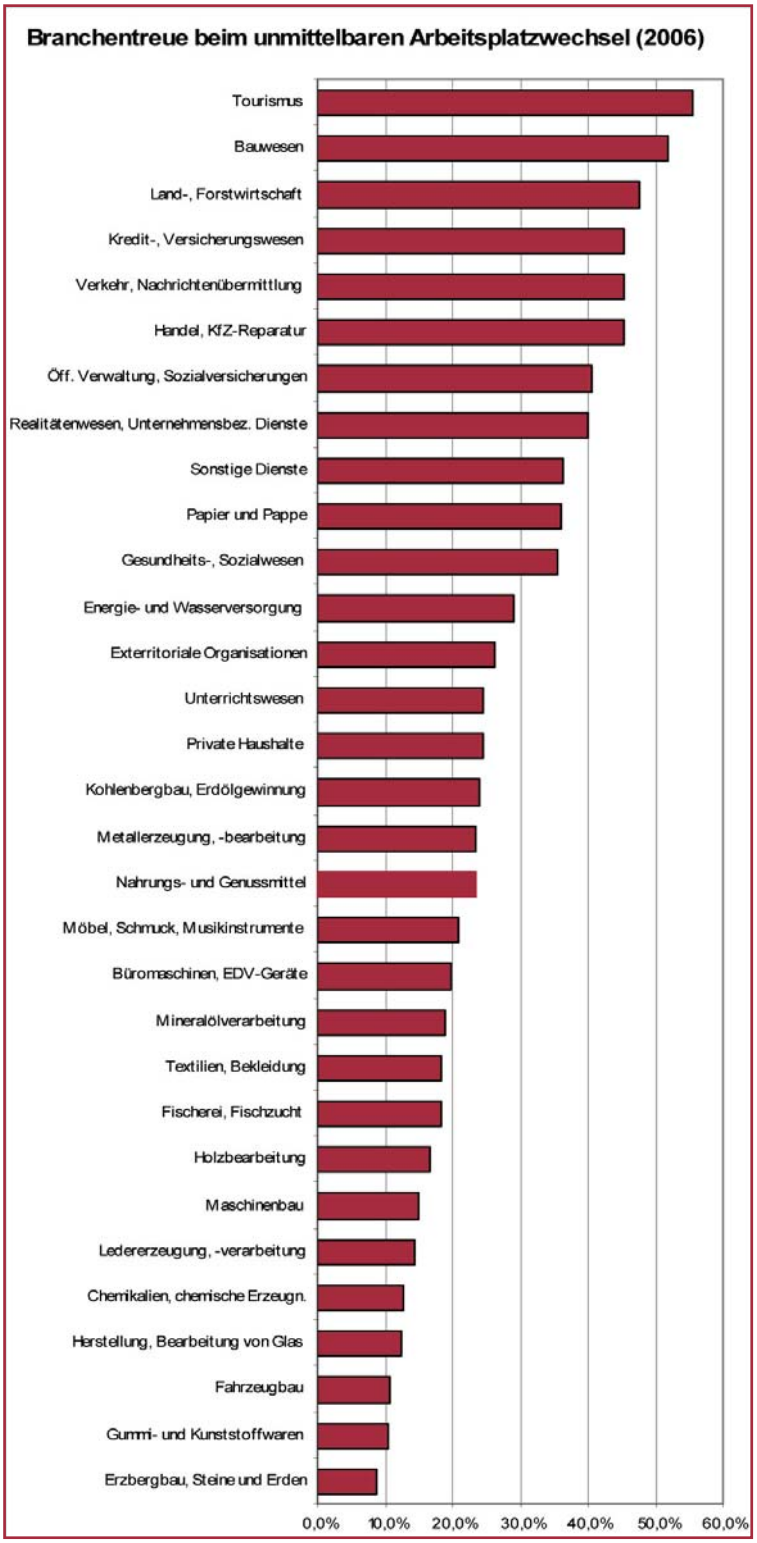
Von den 1.538.511 Neubesetzungen von Arbeitsplätzen des Jahres 2006 erfolgten 277.596 (das waren 18% aller Beschäftigungsaufnahmen) unmittelbar von einem Beschäftigungsverhältnis zum nächsten. Wenig überraschend scheint die Tatsache, dass durchschnittliche Beschäftigungsdauer und Häufigkeit von Beschäftigungswechsel sehr unterschiedlich auf Branchen verteilt sind. So finden direkte Beschäftigungswechsel überdurchschnittlich oft in den männlich dominierten Bereichen wie Bau, Arbeitskräfteüberlassung und dem Verkehrswesen statt. In der Folge waren auch mit 167.403 rund 60% aller Direktwechsel des Jahres 2006 auf Männer zurückzuführen. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer vor dem Wechsel hat bei Männern 618 Tage betragen. Frauen bleiben hingegen im Durchschnitt länger bei ein und demselben Arbeitgeber. Bei den 110.193 Arbeitsplatzwechseln von Frauen des Jahres 2006 hat die davorliegende Beschäftigungsdauer im Durchschnitt immerhin 649 Tage betragen.

Bei 59% aller unmittelbaren Arbeitsplatzwechsel von unselbständig Beschäftigten (163.532 Fälle) wechseln die Arbeitskräfte mit dem Arbeitsplatz auch die ursprüngliche Branche. Besonders hohe Abwanderungsraten haben vor allem die Branchen des Produktionssektors. So wandern z.B. im Fahrzeugbau und im Gummi- und Kunststoffbereich im Zuge eines unmittelbaren Arbeitsplatzwechsels beinahe 90% aller Arbeitskräfte aus der Branche ab. Aber auch im Maschinenbau, in der Glaserzeugung und im Chemiebereich gehen im Zuge des Beschäftigungswechsels mehr als 85% aller Arbeitskräfte der jeweiligen Branche verloren. Im Durchschnitt wechselte 2006 rund die Hälfte der Abgänge aus den Branchen des Produktionssektors in den Dienstleistungsbereich. Starke Aufnahmebranchen bilden hier vor allem der Handel und das Realitätenwesen / unternehmensbezogene Dienste. So finden z.B. 31% aller unmittelbaren Beschäftigungswechsel aus dem Bereich Ledererzeugung und -verarbeitung in den Handel statt, im Chemiebereich sind es 27%, bei der Herstellung von Textilwaren 23% und im Nahrungsmittelbereich 21%. In 9.160 Fällen wechselten 2006 ArbeitnehmerInnen vom Produktionsbereich zum Realitätenwesen / unternehmensbezogene Dienste.

Besonders stark ist die Abwanderung von den EDV-Geräte erzeugenden Unternehmen (24% aller Fälle). Hier sind die Aufnahmeunternehmen vor allem die Hard- und Softwarebetriebe des tertiären Sektors.

Statuswechsel von unselbständiger Beschäftigung in unselbständige Beschäftigung im Jahr 2006

	insgesamt	Frauen	Männer	unter 25-Jährige	über 50-Jährige
Anzahl Statuswechsel insgesamt	277.596	110.193	167.403	75.877	20.021
Statuswechsel innerha. einer NACE	114.064	46.384	67.680	28.699	9.579
in %	41,1%	42,1%	40,4%	37,8%	47,8%
Statuswechsel in andere NACE	163.532	63.809	99.723	41.178	10.442
in %	58,9%	57,9%	59,6%	62,2%	52,2%



Überdurchschnittliche hohe Wanderungsquoten vom Produktionsbereich zu den unternehmensbezogenen Diensten haben darüber hinaus auch der Fahrzeugbau (23% aller Direktwechsel), die Papiererzeugung (20%), der Maschinenbau (19%) und die metallerzeugenden bzw. -verarbeitenden Betriebe (18%). In diesen Fällen findet die Wanderung zu einem hohen Anteil zu den Arbeitskräfteüberlassern statt. Insgesamt haben im Jahr 2006 in knapp 10.000 Fällen ArbeitnehmerInnen ihre vorherige Branche verlassen um unmittelbar danach bei einer Überlassungsfirma ein neues Beschäftigungsverhältnis zu beginnen. Allerdings dürfte der Verbleib hier auch nicht allzu lange sein - liegt doch die durchschnittliche Beschäftigungsdauer bei diesen Firmen mit 142,5 Tagen beinahe nur bei einem Viertel des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts von 543 Tagen (jeweils 2006). Überdurchschnittlich hohe Branchenloyalität weisen hingegen saisondominierte Bereiche wie der Bau, der Fremdenverkehr, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft und der Handel auf. Hier bleiben im Zuge eines allfälligen (direkten) Arbeitplatzwechsels zumindest mehr als 45% der

Branche treu, im Tourismus sind es sogar knapp 56% und im Bauwesen 52%.

Beschäftigungswechsel mit dazwischen liegender Vormerkung beim Arbeitsmarktservice

Nicht immer gelingt ein Beschäftigungswechsel von einem Dienstgeber (einer Dienstgeberin) zum(r) nächsten reibungslos. So lag im Jahr 2006 mit 521.075 Fällen (34% aller Beschäftigungsaufnahmen) im Vergleich zu den Direktübergängen beinahe doppelt so oft eine Episode der Vormerkung beim Arbeitsmarktservice vor einem neuen Beschäftigungsverhältnis. Bereinigt um die Wiedereinstellungen beim selben Dienstgeber reduziert sich diese Zahl allerdings auf 300.479.

Davon waren 129.554 dieser Übergänge in unselbständige Beschäftigung (43%) auf Frauen zurückzuführen und 170.925 auf Männer.

Handelsbetrieben nach einer Vormerkepisode beim AMS lediglich zu 33% wieder eine Beschäftigung in dieser Branche auf. 22% wandern zum Realitätenwesen / unternehmensbezogene Dienste, 8,2% zum Fremdenverkehr und weitere 5,5% zum Verkehr- und Nachrichtenwesen. Ehemalige Beschäftigte des Bauwesens (ohne Wiedereinstellungen) kehren nach der Vormerkung zu 38% wieder zu Baubetrieben zurück, 23% beginnen jedoch ein Beschäftigungsverhältnis bei Betrieben des Realitätenwesens / unternehmensbezogene Dienste, 11,3% bei Handelsbetrieben und weitere 5,3% bei Unternehmen des Verkehr- und Nachrichtenwesen. Der Tourismus zeigt mit einer (Branchen-) Verbleibsquote von 48,9% eine überraschend hohe Branchentreue der ArbeitnehmerInnen. 13,8% wandern nach einer Arbeitslosigkeitsepisode zum Realitätenwesen / unternehmensbezogene Dienste und weitere 11,8% in den Handel. Die hohe Branchenloyalität im

Statuswechsel von AMS-Vormerkung in unselbständige Beschäftigung im Jahr 2006

	insgesamt	Frauen	Männer	unter 25-Jährige	über 50-Jährige
Anzahl Statuswechsel insgesamt	521.075	202.042	319.033	124.227	58.053
Statuswechsel innerha. einer NACE	213.938	78.111	135.827	39.784	31.039
in %	41,1%	38,7%	42,6%	32,0%	53,5%
Statuswechsel in andere NACE	307.137	123.931	183.206	84.443	27.014
in %	58,9%	61,3%	57,4%	68,0%	46,5%

Mit einem Gesamtanteil von 48% waren beinahe die Hälfte aller Fälle mit Beschäftigungsaufnahmen aus Vormerkung (ohne Wiedereinstellungen) zuvor entweder im Handel (16,7%), im Fremdenverkehr (15,6%) oder im Bauwesen (15,4%) tätig[31]. Der größere Teil kehrt bei dieser Gelegenheit der ursprünglichen Branche den Rücken. So nehmen ehemalige Beschäftigte aus

Fremdenverkehr lässt keinen Schluss auf die Zufriedenheit der Beschäftigten zu. Die durchschnittliche Dauer einer Beschäftigungsepisode liegt in dieser Saisonbranche mit 219 Tagen am unteren Ende aller Branchen. Im Fremdenverkehr wird also oft der Arbeitgeber gewechselt, allerdings bleiben die Arbeitskräfte dabei auch überdurchschnittlich oft innerhalb der Branche.

[31] Rechnet man die Wiedereinstellungen mit ein, waren es sogar 55,3%.

Schlussfolgerungen und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit wurden im Rahmen des Erwerbskarrierenmonitorings beispielhaft einige Auswertungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Dynamik des Betriebs- und Branchenwechsels aufgezeigt. Ob der jeweilige Wechsel aus gesamtökonomischer Sicht als sinnvoll angesehen werden kann, kann in diesem Rahmen (noch) nicht beurteilt werden. Einerseits geht mit dem Wechsel der „alten“ Branche eine entsprechende Arbeitskraft mit den erworbenen betriebs- und branchenspezifischen Kenntnissen verloren. Dies ist besonders im Zusammenhang mit dem gegenwärtig diskutierten Fachkräftemangel eine nicht zu vernachlässigende Größe. Andererseits kann die gesamtwirtschaftliche Produktivität durch die bestmögliche Verteilung der Ressource Arbeitskraft optimiert werden. Als Indikator hierfür könnten die im Zuge des Wechsels erzielten Einkommensveränderungen herangezogen werden. Die entsprechenden Informationen werden gegenwärtig in das Erwerbskarrierenmodul des Data Warehouses aufgenommen. Damit sollten in Zukunft auch diese Aspekte etwas näher beleuchtet und analysiert werden können.

4.3 Der Dienstleistungsscheck im Monitoring

Einleitung

Der Dienstleistungsscheck dient ab 1.1.2006 zur Entlohnung für (maximal auf einen Monat) befristete Arbeitsverhältnisse zwischen ArbeitnehmerInnen und natürlichen Personen für die Erbringung von einfachen haushaltstypischen Dienstleistungen in Privathaushalten, sofern die Entlohnung bei der einzelnen ArbeitnehmerIn nicht über der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze liegt. Die rechtliche Grundlage bildet das Dienstleistungsscheckgesetz (DLSG) BGBl Nr. 45/2005 i.d.f. BGBl Nr. 114/2005.

Im Rahmen dieses Beitrages werden eingangs die Eckdaten der Dienstleistungsscheckstatistik für das Jahr 2006 dargestellt. Im Anschluss erfolgt eine Analyse des Erwerbstatus der DienstnehmerInnen, den diese parallel zu deren Beschäftigung mittels Dienstleistungsscheck hatten. Abschließend werden die Ergebnisse einer Sonderauswertung zum Erwerbstatus der DienstgeberInnen zusammengefasst. Die Auswertungen zum Dienstleistungsscheck (amb_dls) befinden sich im Erwerbskarrierenmonitoring (EKM) und umfassen ausschließlich Daten zu eingelösten Dienstleistungsschecks. Die Verkaufsstatistik wird von der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) erstellt. Demnach wurden im Jahr 2006 Dienstleistungsschecks im Wert von EUR 997.432 verkauft.

Eckdaten der eingelösten Dienstleistungsschecks im Jahr 2006[32]

Im Jahr 2006 haben 2.058 DienstnehmerInnen Dienstleistungsschecks im Wert von insgesamt EUR 949.358 eingelöst. Im besagten Zeitraum wurden Dienstleistungsschecks von 1.637 Frauen im Wert von EUR 835.631 und von 421 Männern im Wert von EUR 113.727 eingelöst. Rund 80% der gesamten DienstnehmerInnen waren somit Frauen.

Der Dienstleistungsscheck wurde vorwiegend für inländische DienstnehmerInnen (1.798 oder 87%) in Anspruch genommen. Von den 261 (13%) AusländerInnen waren 19% (49) aus den EU 15, 17% (44) aus den EU 10, 7% (17) aus den EU 2 (Bulgarien und Rumänien) und 9% (24) aus Bosnien-Herzegowina.

Diese DienstnehmerInnen waren bei 2.308 DienstgeberInnen tätig. Von den 2.308[33] DienstgeberInnen hatten 2.288 im Jahr 2006 eine DienstnehmerIn, 75 DienstgeberInnen zwei DienstnehmerInnen, 6 DienstgeberInnen 3 DienstnehmerInnen und 1 DienstgeberIn vier DienstnehmerInnen oder darüber mittels Dienstleistungsscheck beschäftigt.

Nach dem Alter betrachtet ist der Großteil (50%) der DienstnehmerInnen in Höhe von 1.030 in der Altersgruppe der 25- bis unter 45-Jährigen zu finden. Innerhalb dieser Altersgruppe sind die meisten DienstleistungsscheckbezieherInnen (300) im Alter zwischen 35 und unter 40 Jahren. Ein ebenfalls verhältnismäßig hoher Anteil (787 DienstnehmerInnen oder 38%) gehören der Altersgruppe der über 45-Jährigen an. 263 DienstnehmerInnen (13%) entfallen auf die Altersgruppe der unter 25-Jährigen.

19 DienstnehmerInnen haben im Jahr 2006 die Geringfügigkeitsgrenze bereits überschritten und wurden damit automatisch in die Kranken- bzw. Pensionsversicherung einbezogen.

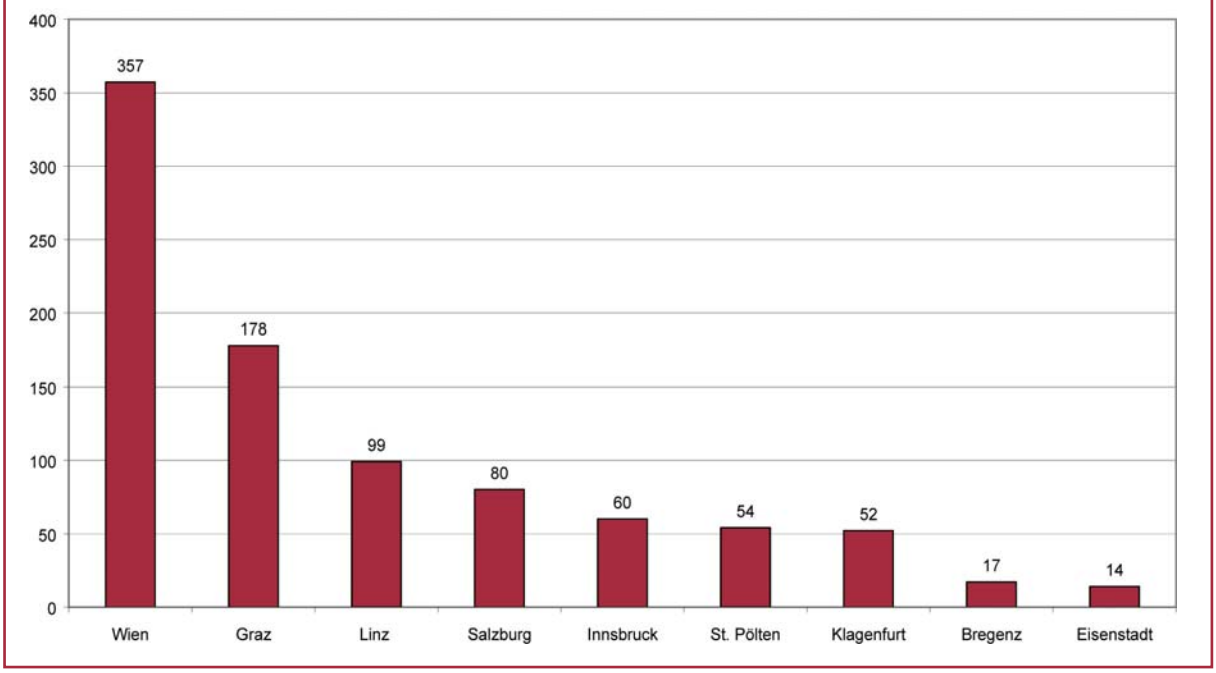
Beschäftigung mittels Dienstleistungsscheck nach geografischen Gesichtspunkten

Auf Bundesländer verteilt wurden in Niederösterreich mittels Dienstleistungsscheck die meisten 423 DienstnehmerInnen beschäftigt - gefolgt von der Steiermark mit 404, Wien mit 357 und Oberösterreich mit 355 DienstnehmerInnen. Die Ergebnisse einer Auswertung, bei der die Anzahl der DienstnehmerInnen mit der Region der Dienstgeber auf Ebene der Regionalen Geschäftsstellen gekreuzt wurde, haben gezeigt, dass der von den im Jahr 2006 insgesamt 2.058 DienstleistungsscheckbezieherInnen 17,3% (357) in Wien beschäftigt waren, 8,6% (178) in Graz, 4,8% (99) in Linz, 3,9% (80) in Salzburg, 2,9% (60) in Innsbruck, 2,6% (54) in St. Pölten und 2,5% (52) in Klagenfurt. In den Landeshauptstädten Bregenz und Eisenstadt waren 17 (0,8%) bzw. 14 (0,7%) DienstleistungsscheckbezieherInnen beschäftigt.

[32] Abfrage der Daten vom 14.5.2007, amb_dls

[33] Die Dienstgebersumme ergibt eine höhere Zahl (o.a. Zahlen aufsummiert ergeben 2.308), da es sich um eine personenbezogene Datenauswertung in einer Zeitraumbetrachtung (hier: Jahr 2006) handelt und eine Mehrfachnennung (ein DG beschäftigt mehrere DN und umgekehrt) damit nicht ausgeschlossen werden kann.

Anzahl der DienstleistungsscheckbezieherInnen in den Landeshauptstädten im Jahresdurchschnitt 2006



Vergleicht man die ersten beiden Quartale der Jahre 2006 und 2007 lässt sich ein positiver Trend feststellen: Die Anzahl der DienstnehmerInnen, welche den Dienstleistungsscheck in Anspruch nehmen ist im 1. Quartal 2007 gegenüber 2006 um +717 (bzw. +85,8%) von 836 auf 1.553 gestiegen. Der Großteil davon entfällt wiederum auf Frauen (1.277 im Jahr 2007 gegenüber 692 im Jahr 2006; +585 bzw. +84,5%). Auch im 1. Quartal 2007 überwiegen nach wie vor die inländischen DienstleistungsscheckbezieherInnen in Höhe von 1.350 (+610 bzw. +82,4%) gegenüber den ausländischen mit 203 (+107 bzw. +111,5%). Ähnlich hat sich die Anzahl der DienstgeberInnen im Vergleich zum Vorjahresquartal entwickelt und ist somit um +818 bzw. 87,8% auf 1.750 DienstgeberInnen gestiegen.

Analyse des Erwerbstatus der DienstnehmerInnen und der DienstgeberInnen

Der Erwerbstatus der DienstnehmerInnen (kurz: E-Status DN) entspricht dem Versicherungsstatus der DienstnehmerInnen laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, welcher im Dienstleistungsscheckwürfel ungefähr mit einer 3-monatigen Verzögerung nacherfasst wird.

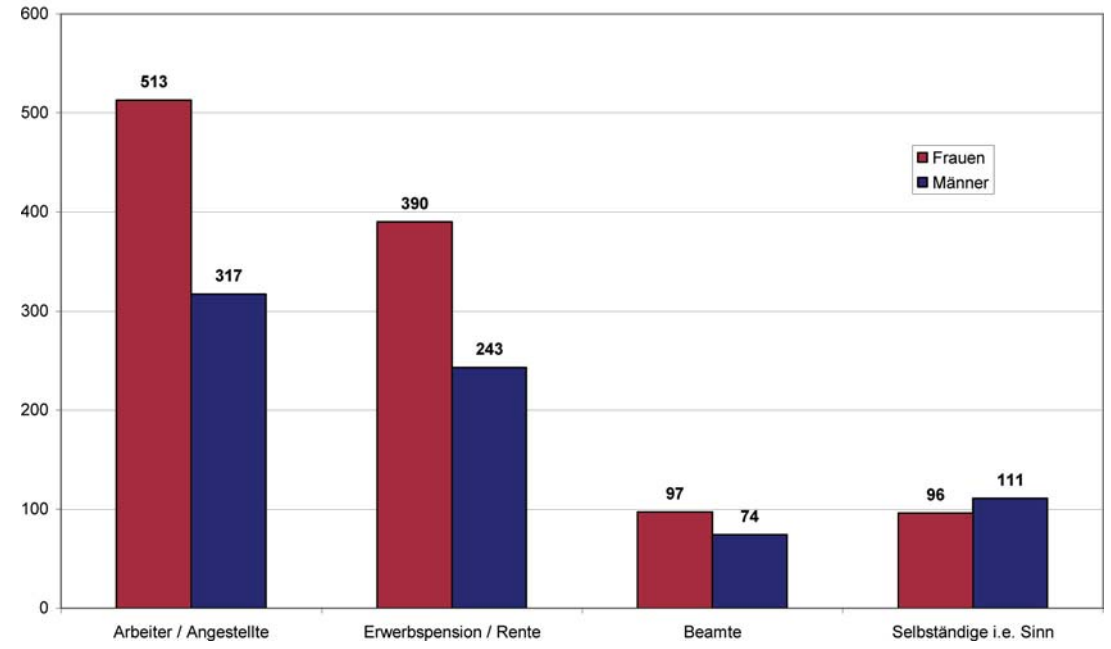
Im Jahresdurchschnitt 2006 waren 70,5% (1.451) der gesamten Dienstleistungsscheck-BezieherInnen **neben ihrer Beschäftigung mittels Dienstleistungsscheck** im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses tätig. Während 16,1% (331) der DienstnehmerInnen arbeitslos

vorgemerkt waren, waren 15,1% (310) unselbständig beschäftigt. 6,6% (135) der DienstnehmerInnen befanden sich in einer gesicherten erwerbsfernen Position (vor allem Pensionisten, KinderbetreuungsgeldbezieherInnen) und 3,2% (66) in einer AMS-Maßnahme bzw. in einer sonstigen erwerbsfernen Position (Ausbildung, sonstige Versicherungszeiten, Versicherungslücken). Lediglich 1,3% (26) der DienstnehmerInnen waren selbständig tätig.

Betrachtet man die Altersstruktur der DienstleistungsscheckbezieherInnen im Jahr 2006 nach dem Erwerbstatus der DienstnehmerInnen, zeigt sich folgendes: 17,4 % der DienstleistungsscheckbezieherInnen mit dem Erwerbstatus Unselbständige Beschäftigung waren im Jahr 2006 der Altersgruppe der 35-Jährigen bis unter 40-Jährigen zuzuordnen. Ähnlich verhält sich die Altersaufteilung bei DienstleistungsscheckbezieherInnen mit dem Erwerbstatus Arbeitslosigkeit - hier waren 16,0% der als arbeitslos vorgemerkten BezieherInnen ebenfalls in dieser Altersgruppe. Von den insgesamt 26 DienstleistungsscheckbezieherInnen, die einer selbständigen Tätigkeit nachgingen, waren 23,1% der BezieherInnen der Altersgruppe der 45- bis unter 50-Jährigen zugehörig. Von den 66 DienstleistungsscheckbezieherInnen mit dem Erwerbsstatus AMS-Qualifikation waren 21,2% zwischen 50- und unter 55 Jahren alt. 1.451 DLS-BezieherInnen hatten den Erwerbstatus Geringfügige Beschäftigung - innerhalb dieser Gruppe waren 14,9% in der Altersgruppe der 40- bis unter 45-Jährigen. 135 DienstnehmerInnen kamen aus einer gesicherten erwerbsfernen Position - in diesem Segment waren 17,8% im Alter zwischen 60- und unter 65-Jahren mittels Dienstleistungsscheck beschäftigt. Die DienstnehmerInnen aus einer sonstigen erwerbsfernen Position verteilten sich mit jeweils 16,7% auf die Altersgruppen der 45- bis unter 50 Jährigen und der 50- bis unter 55-Jährigen. Beim Erwerbstatus HV-Vormerkung waren von den insgesamt 42 DienstnehmerInnen 21,4% im Alter zwischen 55 und unter 60 Jahre.

Neben dem Erwerbstatus der DienstnehmerInnen wurde auch der Erwerbstatus der DienstgeberInnen (kurz: E-Status DG), der die Position des Dienstgebers am Arbeitsmarkt angibt, mittels einer Sonderauswertung (Daten von Ende April 2007) festgestellt. Von den DienstgeberInnen stellten am häufigsten ArbeiterInnen und Angestellte (830 bzw. 36,0%) einen Dienstleistungsscheck aus, gefolgt von PensionistInnen (633 bzw. 27,5%), Selbständigen im engeren Sinn (207 bzw. 9,0%) und BeamtInnen (171 bzw. 7,4%). Die Analyse des Geschlechts der DienstgeberInnen in den zuvor angeführten Stati ergibt, dass Frauen sowohl als DienstgeberInnen als auch als DienstnehmerInnen im Jahr 2006 überdurchschnittlich vertreten waren. Ausgenommen sind hier allerdings Selbständige - dort gab es im Jahr 2006 mehr männliche Dienstgeber (111) als weibliche (96).

Verteilung der DLS DienstgeberInnen nach Erwerbstatus und Geschlecht im Jahresdurchschnit 2006



5 Betriebsmonitoring

5.1 Neue Dimension im Betriebsmonitoring - Die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses

Im Zuge der DWH-Erweiterungen wurde nunmehr die neue Dimension "DV Dauer" (Dauer eines Beschäftigungsverhältnisses) ins Betriebsmonitoring integriert. Diese Dimension enthält die Episodendauer eingeteilt in Kategorien. Die kleinste Kategorie weist Dienstverhältnisse mit einer Dauer von lediglich "1 Tag", die größte Kategorie jene mit einer Dauer "über 5 Jahre" aus. Zur Verhinderung von Verzerrungen bleiben bei dieser Dimension administrative Umbuchungen, d. s. Änderung des Betriebskontos ohne dass tatsächlich eine Änderung des Beschäftigungsverhältnisses vorliegt, unberücksichtigt.

Im Folgenden werden beispielhaft Auswertungsergebnisse bezüglich extrem kurzer Beschäftigungsverhältnisse im Jahr 2006 dargestellt: Auf Grund der geringen Dauer wirken sich derartige Dienstverhältnisse im Vergleich zu länger andauernden nur sehr gering auf den Beschäftigtenbestand aus. So waren im Jahresdurchschnitt 2006 lediglich 1.734 bzw. 0,05% aller unselbständig Beschäftigten weniger als 3 Tage beschäftigt. Das tatsächliche Ausmaß von kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen ist jedoch erst durch die Kennzahl "Anzahl Anmeldungen" ersichtlich. So wurden im Jahr 2006 426.205 Fälle von Anmeldungen zur Beschäftigung registriert, deren Dauer nicht länger als 3 Tage war. Das bedeutet, dass nahezu ein Fünftel (19,2%) aller Anmeldungen zur unselbständigen Beschäftigung in diese Kategorie fallen. 197.307 Anmeldungen sind auf Frauen und 228.898 auf Männer zurückzuführen.

Im Vergleich mit dem Jahr 2000 nahm die Anzahl der Kurzzeitbeschäftigungsverhältnisse um 13,7% bzw. 51.501 zu. Während in diesem Zeitraum diese Beschäftigungsform sowohl im Primär- (+45,7%) als auch im Dienstleistungssektor (+19,5%) zugenommen hat, ist sie indessen im Produktionssektor um 27,6% zurückgegangen. 2006 fanden mehr als vier Fünftel (82,2% bzw. 350.144) dieser Anmeldungen im Dienstleistungssektor statt. Kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse sind dabei vor allem in Branchen anzutreffen, die sehr kurzfristige Auslastungsschwankungen aufweisen. So verzeichnete 2006 der Fremdenverkehr mit 93.551 Anmeldungen knapp 22% aller Beschäftigungsverhältnisse mit einer Dauer bis zu drei Tagen, im Realitätenwesen/Unternehmensbezogene Dienste waren es 75.547 und bei der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen 68.380. Diese drei Branchen verzeichnen damit mehr als zwei Drittel (67,8%) aller Kurzzeitbeschäftigungsverhältnisse des Dienstleistungsbereichs.

5.2 Ein kurzer deskriptiver Aufriss von Beschäftigungsaufnahmen im Zusammenhang mit Förderungen durch das Arbeitsmarktservice

Das Betriebsmonitoring umfasst arbeitsmarktrelevante Informationen zu - beim Hauptverband gemeldete - Dienstgeberkonten mit Beschäftigten ab dem Jahr 2000. Im Gegensatz zum Erwerbskarrieren- und Verbleibsmonitoring wird im Betriebsmonitoring das Arbeitsmarktgeschehen aus der Sicht der Unternehmungen dargestellt. Beispielsweise sind Auswertungen hinsichtlich branchenspezifischem An- und Abmeldeverhalten bzw. Beschäftigungsstrukturen möglich.

Oberste Zielsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Angesichts der verstärkten Dynamik auf dem Arbeitsmarkt gewinnen Beschäftigungsaufnahmen und insbesondere jene Beschäftigungsaufnahmen, die in Verbindung mit einer Förderintervention stehen, in den Arbeitsmarktprozessen an Bedeutung. Die nachstehende Analyse beinhaltet zum Einen die Darstellung der "Netto"-Beschäftigungsaufnahmeentwicklung - bereinigt um Wiederanmeldungen, Administrativen Ummeldungen und Geringfügig Beschäftigte - nach Sektoren und zum Anderen die Veranschaulichung des deskriptiven Zusammenhangs zwischen Förderungen und Beschäftigungsaufnahmen.

Entwicklung von Beschäftigungsaufnahmen

Aus der Gesamtbetrachtung ist ersichtlich, dass die Anzahl von Anmeldungen von unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen (als Bruttogröße) im Vergleich zum Jahr 2000 um 71.774 auf 3.063.937 im Jahr 2006 angestiegen ist. Dennoch sind im Zeitablauf massive Schwankungen erkennbar. Ausgehend vom Niveau des Jahres 2000 war in den beiden Folgejahren zum Teil ein hoher Rückgang von Beschäftigungsanmeldungen zu verzeichnen. Erst im Jahr 2004 wurde der Level des Vergleichjahres 2000 erreicht und um 53.076 Anmeldungen überschritten. Im Jahr 2005 erfolgte erneut ein massiver Rückgang von Beschäftigungsanmeldungen, um im Folgejahr 2006 ein weiteres Mal kräftig anzusteigen. Der Zuwachs fiel im Dienstleistungssektor am kräftigsten aus und umfasste mehr als drei Viertel (77,1%) der Beschäftigungsanmeldungen im Jahr 2006.

Anmeldungen von unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen nach Sektoren							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
				absolut			
Primärsektor	98.195	104.507	111.460	132.482	132.769	130.430	135.949
Produktionssektor	707.961	646.687	590.655	578.595	579.401	514.462	565.466
Dienstleistungssektor	2.186.007	2.235.070	2.180.761	2.172.337	2.333.069	2.047.548	2.362.522
	2.992.163	**2.986.264**	**2.882.876**	**2.883.414**	**3.045.239**	**2.692.440**	**3.063.937**
				Veränderung zum Vorjahr			
Primärsektor		6.312	6.953	21.022	287	-2.339	5.519
Produktionssektor		-61.274	-56.032	-12.060	806	-64.939	51.004
Dienstleistungssektor		49.063	-54.309	-8.424	160.732	-285.521	314.974
		-5.899	**-103.388**	**538**	**161.825**	**-352.799**	**371.497**
				Anteil an der Gesamtsumme in %			
Primärsektor	3,3%	3,5%	3,9%	4,6%	4,4%	4,8%	4,4%
Produktionssektor	23,7%	21,7%	20,5%	20,1%	19,0%	19,1%	18,5%
Dienstleistungssektor	73,1%	74,8%	75,6%	75,3%	76,6%	76,0%	77,1%

Quelle: AMS DWH; mon_betrieb; Stand 18.04.2007; Berücksichtigt sind hier ausschließlich Daten, in denen - aus der Dienstgeberklassifizierung abgeleitet - eine Zuordnung zu den 3 Wirtschaftssektoren erfolgt. Der Datenbereich, der im Betriebsmonitoring nicht den Wirtschaftssektoren zugeordnet wird (z.B. selbständige Beschäftigungen) findet keinen Eingang.

In der oben beschriebenen Kennzahl „Anzahl Anmeldungen“ werden zwar Abläufe im Arbeitsmarktgeschehen summarisch abgebildet, jedoch können deren dahinter stehenden Vorgänge keineswegs als homogen betrachtet werden. Eine differenziertere Betrachtung der Anmeldungen von Beschäftigungsverhältnissen erfordert zusätzliche einschränkende Kriterien. Die Restriktionen beziehen sich auf das Ausmaß (keine geringfügige Beschäftigungsverhältnisse), die Durchgängigkeit der Beschäftigung (keine Wiederanmeldungen) und Betriebliche Ummeldungen, d.h. die Bewegung darf nicht durch institutionelle Faktoren bedingt sein.

Für das Kriterium "Ausmaß" werden in die Analyse nur voll versicherte Beschäftigungsverhältnisse mit einbezogen, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden vernachlässigt.

Das Kriterium "Durchgängigkeit" kann durch die Kennzahl "Anzahl Wiederanmeldungen" gewährleistet werden. (Wieder)-Anmeldungen von Beschäftigten innerhalb von 12 Monaten (bei Elternkarenz 3 Jahre) seit der Abmeldung beim selben Dienstgeber werden im Betriebsmonitoring besonders ausgewiesen. Somit kann zwischen „neuen“ Beschäftigungsverhältnissen und einer Wiedereinstellung beim selben Dienstgeber nach einer temporären Unterbrechung (Saison etc.) differenziert werden.

Absicht des dritten Kriteriums ist es, administrativ ausgewiesene Veränderungen von Beschäftigungsverhältnissen, die letztlich nur „Ummeldungen“ von einem Dienstgeberkonto auf ein anderes Dienstgeberkonto im selben Unternehmen oder Betriebsübernahmen repräsentieren, auszublenden. Um diese zahlenmäßig annähernd einzufangen, filtert der dazu im Betriebsmonito-

ring implementierte Algorithmus Wechsel von Beschäftigten, die gruppenweise ohne zeitliche Lücke von einem Dienstgeberkonto gemeinsam zu einem anderen wechseln. Die erforderliche Gruppengröße ist nach Betriebskontogröße gestaffelt: 20% der Beschäftigten bei Betriebsgrößen bis zu 500 Beschäftigten, ab 500 Beschäftigten muss eine Mindestgruppengröße von 100 DienstnehmerInnen von einer Ummeldung betroffen sein. Weiters muss in diesen Fällen der Hauptverbandsstatus der Betroffenen unverändert bleiben.

Diese „bereinigten Anmeldungen“ stellen die tatsächlichen Neuanmeldungen dar und werden in weiterer Folge mit dem Zusatz ieD (in enger Definition) versehen. Die Bruttogröße Kennzahl "Anzahl Anmeldungen" wird als "Anmeldungen (von Beschäftigungsverhältnissen) in weiter Definition (iWD)" bezeichnet. Die Anmeldungen mit den entsprechenden Abgrenzungen sind in untenstehender Tabelle ausgewiesen.[34]

Anmeldungen von unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen - Abgrenzungen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
				Anmeldung von Beschäftigungsverhältnissen (iwD)			
Primärsektor	98.195	104.507	111.460	132.482	132.769	130.430	135.949
Produktionssektor	707.961	646.687	590.655	578.595	579.401	514.462	565.466
Dienstleistungssektor	2.186.007	2.235.070	2.180.761	2.172.337	2.333.069	2.047.548	2.362.522
Summe	**2.992.163**	**2.986.264**	**2.882.876**	**2.883.414**	**3.045.239**	**2.692.440**	**3.063.937**
				Wiederanmeldungen			
Primärsektor	74.150	76.464	82.618	100.785	97.693	98.949	100.863
Produktionssektor	386.380	341.120	309.110	296.536	286.571	251.907	271.550
Dienstleistungssektor	1.154.853	1.190.247	1.131.564	1.165.562	1.197.196	1.049.713	1.146.554
Summe	**1.615.383**	**1.607.831**	**1.523.292**	**1.562.883**	**1.581.460**	**1.400.569**	**1.518.967**
				Administrative Ummeldungen			
Primärsektor	432	515	573	489	1.063	1.173	1.075
Produktionssektor	27.038	27.201	24.832	25.551	33.634	34.151	29.702
Dienstleistungssektor	59.177	59.890	56.583	66.738	142.141	91.832	71.698
Summe	**86.647**	**87.606**	**81.988**	**92.778**	**176.838**	**127.156**	**102.475**
				Neuanmeldungen von Geringfügigen Beschäftigsverhältnissen			
Primärsektor	4.678	5.281	4.995	5.860	5.058	4.552	5.274
Produktionssektor	20.944	20.546	19.406	19.467	20.876	18.513	21.097
Dienstleistungssektor	187.366	192.684	183.124	182.868	202.857	188.756	218.596
Summe	**212.988**	**218.511**	**207.525**	**208.195**	**228.791**	**211.821**	**244.967**
				tatsächliche Neuanmeldungen (ieD)			
Primärsektor	18.935	22.247	23.274	25.348	28.955	25.756	28.737
Produktionssektor	273.599	257.820	237.307	237.041	238.320	209.891	243.117
Dienstleistungssektor	784.611	792.249	809.490	757.169	790.875	717.247	925.674
Summe	**1.077.145**	**1.072.316**	**1.070.071**	**1.019.558**	**1.058.150**	**952.894**	**1.197.528**

Quelle: AMS DWH; mon_betrieb; Stand 18.04.2007

[34] Zu beachten ist hier, dass wegen möglicher Überschneidungen (positive Ausprägung in mehr als einer obigen Kategorie) die gewählten Filter die Größenordnung der Merkmale in den Segmenten mitbestimmt.

Wie in der Tabelle "Anmeldungen von Beschäftigungsverhältnissen - Abgrenzungen" ersichtlich sind die Bereinigungsgrößen - im Zeitablauf und nach Wirtschaftssektoren - von unterschiedlicher Bedeutung. Im Primärsektor ist der Anteil an Wiedereinstellungen vorwiegend aufgrund Saisonarbeiten am höchsten (im Jahr 2006 74,2%), im Produktions- und Dienstleistungssektor sind nahezu die Hälfte der Beschäftigungsaufnahmen durch Wiederanmeldungen bedingt. Administrative Ummeldungen finden im Primärsektor kaum statt (0,8% im Jahr 2006), im Produktionssektor liegt der Anteil von administrativen Umbuchungen bei 5,3% und im Dienstleistungssektor bei 3,0% im Jahr 2006. Neuanmeldungen von Geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen spielen im Dienstleistungssektor eine größere Rolle als in den anderen Sektoren. Während im Primär- und Produktionssektor der Anteil von Neuanmeldungen von Geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen an den Anmeldungen (iwD) bei 3,9% bzw. 3,7% liegt, ist nahezu jede zehnte Beschäftigungsaufnahme im Dienstleistungssektor eine Neuanmeldung aufgrund eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses.

Der Anteil von tatsächlichen Neuanmeldungen (ieD) an Beschäftigungsaufnahmen (iwD) im Jahr 2006 sind mit 43,0% im Produktionssektor am höchsten, gefolgt von 39,2% im Dienstleistungssektor. Im Primärsektor ist etwa jede fünfte Anmeldung eine tatsächliche Neuanmeldung. Verglichen mit dem Jahr 2000 verschieben sich die Anteile zu Lasten von Wiedereinstellungen zu den tatsächlichen Neuanmeldungen (ieD) - vor allem im Produktions- und Dienstleistungssektor.

Im Zeitablauf ist ebenfalls ersichtlich, dass im Gegensatz zu den Anmeldungen von Beschäftigungsverhältnissen (iwD) das Niveau von Neuanmeldungen (ieD) des Jahres 2000 erst im Jahr 2006 wieder erreicht bzw. sogar überschritten werden konnte.

Anmeldungen von unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen nach Sektoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
				Verhältnis der Neuanmeldungen (enge vs. breite Definition) in %			
Primärsektor	19,3%	21,3%	20,9%	19,1%	21,8%	19,7%	21,1%
Produktionssektor	38,6%	39,9%	40,2%	41,0%	41,1%	40,8%	43,0%
Dienstleistungssektor	35,9%	35,4%	37,1%	34,9%	33,9%	35,0%	39,2%
	36,0%	**35,9%**	**37,1%**	**35,4%**	**34,7%**	**35,4%**	**39,1%**
				Veränderung zum Vorjahr (ieD)			
Primärsektor		3.312	1.027	2.074	3.607	-3.199	2.981
Produktionssektor		-15.779	-20.513	-266	1.279	-28.429	33.226
Dienstleistungssektor		7.638	17.241	-52.321	33.706	-73.628	208.427
		-4.829	**-2.245**	**-50.513**	**38.592**	**-105.256**	**244.634**

Bei Einbezug der Variable "Beschäftigungsentwicklung" der Betriebe in die Analyse, ist ersichtlich, ob die tatsächlichen Neuanmeldungen (ieD) Nachbesetzungen frei gewordener Stellen darstellen, oder ob es sich um zusätzliche Beschäftigungsaufnahmen handeln.

Die Beschäftigungsentwicklung eines Unternehmens wird im Betriebsmonitoring als ordinal skalierte Dimension mit den drei Ausprägungen schrumpfend (Veränderung der Beschäftigungsentwicklung ≤ -5%), gleich bleibend (Veränderung der Beschäftigungsentwicklung > -5% und < +5%) und wachsend (Veränderung der Beschäftigungsentwicklung ≥ +5%) abgebildet.

Zum Vergleich wird jeweils der aktuelle bzw. eingestellte Beschäftigtenstand mit jenem zu Jahresbeginn herangezogen.

Untenstehende Tabelle zeigt eine relative Stabilität in der Verteilung zwischen den Gruppen. Bemerkenswert im Wachstumssegment ist, dass der Anteil der wachsenden Betriebe in Zeiten gedämpfter Konjunktur von 2001 bis 2003 nur geringfügig von 46,1% auf 45,2% schwankt und im Konjunkturaufschwung im Jahr 2004 weiter auf 38,2% absinkt. Erst im Jahr 2006 ist der Anteil von wachsenden Betrieben an den tatsächlichen Neuanmeldungen (ieD) erneut am höchsten.

Neuanmeldungen (ieD) nach Beschäftigungsentwicklung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
				absolut			
Schrumpfend	63.583	67.127	64.381	61.214	59.758	38.788	60.283
Gleichbleibend	504.164	511.183	539.027	497.447	593.849	530.908	495.233
Wachsend	509.398	494.006	466.663	460.897	404.543	383.198	642.012
	1.077.145	**1.072.316**	**1.070.071**	**1.019.558**	**1.058.150**	**952.894**	**1.197.528**
				Veränderung zum Vorjahr			
Schrumpfend		3.544	-2.746	-3.167	-1.456	-20.970	21.495
Gleichbleibend		7.019	27.844	-41.580	96.402	-62.941	-35.675
Wachsend		-15.392	-27.343	-5.766	-56.354	-21.345	258.814
		-4.829	**-2.245**	**-50.513**	**38.592**	**-105.256**	**244.634**
				Anteil an der Gesamtsumme in %			
Schrumpfend	5,9%	6,3%	6,0%	6,0%	5,6%	4,1%	5,0%
Gleichbleibend	46,8%	47,7%	50,4%	48,8%	56,1%	55,7%	41,4%
Wachsend	47,3%	46,1%	43,6%	45,2%	38,2%	40,2%	53,6%

Der Zusammenhang zwischen Förderungen und Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis

Die im Betriebsmonitoring erfassten Förderinterventionen werden grundsätzlich danach unterschieden, ob die Förderung des Dienstnehmers vor oder nach Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis erfolgt. Bei einer Anmeldung mit Förderung vor Eintritt erfolgt die Förderung binnen 4 Monate vor Beschäftigungsaufnahme. Bei einer Anmeldung mit Förderung **nach** Eintritt wird die Förderung binnen 4 Monate ab Beschäftigungsaufnahme gewährt. Aufgrund der unterschiedlichen Förderkonzeption werden diese Kennzahlen getrennt betrachtet. Zu den Förderinterventionen zählen die Hauptgruppen Qualifizierung, Beschäftigung und Unterstützung.

Um eine weitgehende Vergleichbarkeit zu gewährleisten werden analog zur Vorgangsweise im vorigen Kapitel die Kennzahlen um die Werte der Administrativen Ummeldungen und der Anzahl der Geringfügig Beschäftigten bereinigt[35].

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

1. Beschäftigungsaufnahmen werden zunehmend von einer Förderintervention begleitet. Sowohl in der Gruppe der vor Eintritt als auch nach Eintritt ist von 2000 bis 2006 eine wesentliche Steigerung beobachten. In der Gruppe der AMS-Förderung vor Eintritt konnte der Anteil von rund 90.000 auf 132.000 gesteigert werden (47,1%), in der Gruppe der AMS-Förderung nach Eintritt sogar von 42.000 auf

Anmeldungen (ieD) mit AMS-Förderung vor Eintritt nach Wirtschaftsektoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
				absolut			
Primärsektor	750	785	802	907	942	1.051	1.246
Produktionssektor	21.401	19.470	19.330	24.188	22.899	20.495	23.592
Dienstleistungssektor	67.745	70.591	73.785	89.360	94.018	90.798	107.373
	89.896	**90.846**	**93.917**	**114.455**	**117.859**	**112.344**	**132.211**
				Veränderung zum Vorjahr			
Primärsektor		35	17	105	35	109	195
Produktionssektor		-1.931	-140	4.858	-1.289	-2.404	3.097
Dienstleistungssektor		2.846	3.194	15.575	4.658	-3.220	16.575
		950	**3.071**	**20.538**	**3.404**	**-5.515**	**19.867**
				Anteil an der Gesamtsumme der Anm. (ieD) je Segment in %			
Primärsektor	4,0%	3,5%	3,4%	3,6%	3,3%	4,1%	4,3%
Produktionssektor	7,8%	7,6%	8,1%	10,2%	9,6%	9,8%	9,7%
Dienstleistungssektor	8,6%	8,9%	9,1%	11,8%	11,9%	12,7%	11,6%
	8,3%	**8,5%**	**8,8%**	**11,2%**	**11,1%**	**11,8%**	**11,0%**

Quelle: AMS DWH; mon_betrieb; Stand 18.04.2007

[35] Eine Korrektur um die Wiederanmeldungen wird nicht vorgenommen, da gegenwärtig im Betriebsmonitoring ein gleichzeitiges Auftreten beider Merkmale (Wiederanmeldung und Anmeldung mit/nach Förderung) als Kennzahl nicht ausgewiesen wird. Jedoch wurden Werte, die nicht eindeutig einer Beihilfenkategorie zugeordnet werden konnten, eliminiert.

Anmeldungen (ieD) mit AMS-Förderung nach Eintritt nach Wirtschaftsektoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
				absolut			
Primärsektor	439	502	438	507	524	639	775
Produktionssektor	9.438	9.828	9.852	10.012	9.778	11.772	15.794
Dienstleistungssektor	32.208	35.951	39.275	42.648	44.740	46.842	56.551
	42.085	**46.281**	**49.565**	**53.167**	**55.042**	**59.253**	**73.120**
				Veränderung zum Vorjahr			
Primärsektor		63	-64	69	17	115	136
Produktionssektor		390	24	160	-234	1.994	4.022
Dienstleistungssektor		3.743	3.324	3.373	2.092	2.102	9.709
		4.196	**3.284**	**3.602**	**1.875**	**4.211**	**13.867**
				Anteil an der Gesamtsumme der Anm. (ieD) je Segment in %			
Primärsektor	2,3%	2,3%	1,9%	2,0%	1,8%	2,5%	2,7%
Produktionssektor	3,4%	3,8%	4,2%	4,2%	4,1%	5,6%	6,5%
Dienstleistungssektor	4,1%	4,5%	4,9%	5,6%	5,7%	6,5%	6,1%
	3,9%	**4,3%**	**4,6%**	**5,2%**	**5,2%**	**6,2%**	**6,1%**

Quelle: AMS DWH; mon_betrieb; Stand 18.04.2007

73.000 (73,7%). Waren im Jahr 2000 noch rund 12% (8,3% nach Förderung; 3,9% mit Förderung) so sind im Jahr 2006 bereits rund 17% der Beschäftigungsaufnahmen mit einer Fördermaßnahme (11,3% nach Förderung; 6,1% mit Förderung) verbunden.

2. Diese Entwicklung kommt vor allem dem Dienstleistungssektor zugute. Zeichnete sich der Dienstleistungssektor bereits im Jahr 2000 durch eine überdurchschnittliche Präsenz von Förderintervention im Zusammenhang mit Beschäftigungseintritten (12,7% der Anmeldungen: 8,6% nach AMS-Förderung; 4,1% mit AMS-Förderung; über alle Wirtschaftssektoren gesamt 9,3%) aus, so hat sich diese Entwicklung in den letzten Jahren verstärkt. Im Jahr 2006 kann im Dienstleistungssektor bereits auf 17,7% (11,6% bzw. 6,1%), also einem Plus von 5,0%-Punkten (gesamt 4,4%-Punkten) verwiesen werden.

3. Das Hauptförderinstrument ist für alle Anmeldungen die Beihilfengruppegruppe "Qualifizierung". Jedoch findet im Jahr 2006 eine deutliche Verschiebung zugunsten der Beihilfengruppen "Beschäftigung" und "Unterstützung" statt. Waren im Jahr 2000 noch knapp drei Viertel (72,2%) der Anmeldungen mit einer AMS-Förderung in Zusammenhang mit einer Qualifizierungsmaßnahme, sinkt dieser Anteil im Jahr 2006 auf 65,7%). Diese Verschiebung findet primär bei den Anmeldungen (ieD) mit AMS-Förderung vor Eintritt statt, während bei der Verteilung innerhalb der Anmeldungen (ieD) mit AMS-Förderung nach Eintritt nur geringfügige Veränderungen beobachtbar sind.